

Februar 2018

Aus dem Inhalt

- 3** SELK startet wieder „7 Wochen mit“
- 6** FSJ-Stellenangebot von SELK und EC
- 7** USA: Sechstes Treffen lutherischer Kirchen
- 8** Ehemaliger SELK-Pfarrer zu Kurs in Odessa
- 14** Für verfolgte Christen in Ägypten beten
- 15** Neues Format für Radiogottesdienste
- 15** Zentralstelle kritisiert Islam-Papier
- 18** Kirchen beklagen weltweite „Bedrängung“ von Christen
- 22** Diskussion um Vaterunser
- 25** Theologisches Lesebuch: Ausnahmen beim Missionsbefehl
- 28** Hilfsgütertransport für Weißrussland

Erste Sitzung im neuen Jahr SELK: Kirchenleitung tagte in Hannover

Hannover, 11.1.2018 [selk]

Zu ihrer ersten Sitzung im neuen Jahr traf sich die Kirchenleitung der Selbständigen Evangelisch-Lutherischen Kirche (SELK) am 8. und 9. Januar im Kirchenbüro in Hannover. In der obligatorischen Lektüre von Abschnitten aus den lutherischen Bekenntnisschriften, wie sie für den Abdruck im geplanten Gesangbuch der SELK vorgesehen sind, wurden Texte zum Thema „Das Amt der Kirche“ gelesen und erörtert.

Informationen und Überlegungen zur Besetzung vakanter Pfarrstellen gehörten ebenso zur Tagesordnung wie diverse Personalfragen, darunter zwei Anträge von Kirchgliedern auf Zulassung zum Dienst eines Pfarrdiakons, und – wie auf jeder Sitzung üblich – das Rundgespräch über Krankheitsfälle in der Pfarrerschaft mit anschließender Fürbitte.

Die Religionspädagogin Andrea Schlichting-Ackermann (Vastorf) wurde für weitere sechs Jahr mit der Mitarbeit in der Kommission für Kirchliche Unterweisung beauftragt. Sie leitet die Kommission, der außer ihr Pfarrer Helge Dittmer (Kiel) und Pfarrer a.D. Marc Struckmann (Soltau) angehören.

Prof. Dr. Hermann Behling (Hellewege/Göttingen) wurde für weitere acht Jahre als Mitglied des Kuratoriums der Lutherischen Theologischen Hochschule Oberursel berufen. Der zur Verdener Zionsgemeinde gehörende Professor ist Leiter der Abteilung für Palynologie und Klimady-

namik am Albrecht-von-Haller Institut für Pflanzenwissenschaften der Georg-August-Universität Göttingen.

Aus der Vorbereitung der Sondersynode der SELK, die vom 19. bis zum 21. April in den Räumen der Kreuzgemeinde Stadthagen stattfinden soll, wurde die von einer Vorbereitungsgruppe entwickelte zeitliche Planung vorgestellt. Auf der Synode steht eine Bischofswahl an, da die Amtszeit von Bischof Hans-Jörg Voigt D.D. (Hannover) ausläuft. Durch den Allgemeinen Pfarrkonvent wurden im November Voigt und Pfarrer Markus Nietzsche (Hermannsburg) als Kandidaten nominiert. Neben der Bischofswahl stehen auf der Synode die Beratungsgegenstände „Neues Gesangbuch“ und „Geschäftsordnung der Kirchensynode“ auf dem Programm.

Die Kirchenleitung stellte Vorüberlegungen zum Studenttag der Kirchenleitung mit der Fakultät und dem Kuratorium der Lutherischen Theologischen Hochschule der SELK am 14. Juni in Oberursel an. Einen Schwerpunkt sollen Überlegungen zur „Gewinnung von Studierenden“ bilden.

Propst Gert Kelter (Görlitz) informierte über die Situation der Immobilienproblematik in der SELK-Gemeinde Magdeburg, in deren Gemeindehaus mit Kirchraum aufgrund von Hausschwammbefall ein außerordentlich hoher Sanierungsbedarf besteht. Der Gemeinde war die gesamtkirchliche Bausteinsammlung zu erkannt worden, bei der in den Gemeinden der

SELK für jährlich wechselnde Projekte papierne Bausteine verkauft werden. Kelter war von der Kirchenleitung aufgrund einer entsprechenden Bitte der Gemeinde um Unterstützung beauftragt worden, sich für die Kirchenleitung der Problematik anzunehmen. Weitere Überlegungen und Gespräche vor Ort sind erforderlich.

Zu der den Gemeinden empfohlenen jährlichen Kollekte für die Weltbibelhilfe lag der Kirchenleitung ein Vorschlag der Pfarrer Stefan Förster (Heidelberg) und Dr. Christian Neddens (Saarbrücken) vor, die die SELK bei der Deutschen Bibelgesellschaft vertreten. Die Kirchenleitung folgte dem Vorschlag. Die Kollekte wird im laufenden Jahr für ein von der Deutschen Bibelgesellschaft gefördertes Projekt der weltweiten Bibelverbreitung „Jordanien-Syrien – Der lange Weg vom Dunkel ins Licht“ erhoben.

Auch die Arbeit an Prozessen struktureller Veränderung angesichts veränderter personeller Möglichkeiten wurde in mehreren Gesprächsgängen thematisiert. Dazu gehörten auch Überlegungen zu Kriterien und einem Instrumentarium zur Übernahme von Geistlichen von außerhalb der SELK sowie die Frage nach möglichen weiteren Berufsbildern in der hauptamtlichen kirchlichen Arbeit.

Verschiedene Rechts- und Ordnungsthemen hatten das Leitungsgremium zu beschäftigen, die zum Teil auf Antragstellungen bei der 14. Kirchensynode zielen. Eine erforderlich gewordene Anpassung in der Satzung der Stiftung zur Sicherung der Versorgung kirchlicher Mitarbeiter der SELK wurde beschlossen.

„Wie politisch darf unsere Kirche sein?“ SELK-Bischof Voigt referierte in Berlin-Neukölln

Berlin/Hannover, 13.1.2018 [selk]

Anfang Januar referierte der leitende Geistliche der Selbständigen Evangelisch-Lutherischen Kirche (SELK), Bischof Hans-Jörg Voigt D.D. (Hannover), in der Paulus-Kirche Berlin-Neukölln der SELK zum Thema „Wie politisch darf unsere Kirche sein?“. Der „Midlife-Kreis“ der Paulus-Gemeinde, ein Gesprächskreis aktiver Gemeindeglieder, hatte sich im Vorfeld der Bundestagswahl mit der Frage an Voigt gewandt, inwiefern klare Stellungnahmen der SELK zum Beispiel zum Auftreten der „Alternative für Deutschland“ (AfD) möglich oder wünschenswert wären. Aus dem Briefwechsel ging dann die Einladung des Gemeindegremiums hervor, der auch zahlreiche Gäste der Gemeinde gefolgt waren.

In seinem Referat griff Voigt eine Kontroverse zwischen „Welt“-Chefredakteur Ulf Poschardt und dem evangelischen Pfarrer Steffen Reiche über politische Haltungen in Predigten auf. Poschardt hatte getwittert: „Wer soll eigentlich noch freiwillig in eine Christmette gehen, wenn er am Ende der Predigt denkt, er hat einen Abend bei den Jusos beziehungsweise der Grünen Jugend verbracht?“ Anhand des Johannesevangeliums arbeitete der SELK-Bischof heraus, dass Christen nicht „von der Welt“, aber „in die Welt gesandt“ seien. Hier werde die Spannung beschrieben, in der die Kirche stehe. Man könne sagen, dass der Evangelist hier die Spannung zwischen Steffen Reiche und Ulf Poschardt beschreibe, meinte Voigt.

Der Referent ging dann auf Artikel 16 des Augsburgischen Bekenntnisses ein, in dem eine Verhältnisbestimmung zwischen „geistlicher Gewalt und weltlicher Obrigkeit“ vorgenommen werde. Später merkte Voigt an, dass das deutsche Verständnis von „Gehorsamspflicht“ sich spätestens

1933 mit der Machtergreifung der NSDAP als Problem erwiesen habe.

Mit dem besonderen Blick auf die SELK vertrat Voigt folgende These: „Für die Situation der bekennnlutherischen Kirchen, insbesondere der Altlutherischen Kirche, gilt zudem, dass der Widerstand in Glaubens- und Bekenntnisfragen auf der einen Seite zu einer besonderen Staatstreue mit innerer Politikferne andererseits führte.“

In Bezug auf heutige Überfremdungsängste und einer daraus resultierenden Fremdenfeindlichkeit in Europa meinte Bischof Voigt, dass Nationalismus unkirchlich sei, da die Kirche nach ihrem Bekenntnis immer weltweite Kirche sei. Wenn Heimatverbundenheit sich mit Überlegenheitsgefühlen verbinde werde daraus Nationalismus. Der Kirche sei vielmehr ein das Evangelium bewahrender, also konservativer Ansatz ebenso zu eigen wie ein den Menschen in Not zugewandter sozialer Ansatz. Das Evangelium von der Liebe Gottes in Jesus Christus sei ein Gegenüber zur Politik, während der soziale Auftrag der Kirche politisch sei.

Dem Referat folgte eine über einstündige Debatte der zahlreichen Besucherinnen und Besucher der Veranstaltung, in der unter anderem die Bedeutung des göttlichen Gesetzes, die Umweltfrage und die Predigt von Steffen Reiche erörtert wurden.

Gegenüber selk_news erklärte Voigt anschließend, dass er der unerwartet hohen Teilnehmerzahl über den Gemeindegremium hinaus und der engagierten Debatte entnommen habe, dass das Thema einer Verhältnisbestimmung zwischen Politik und Kirche hochaktuell sei.

Ein Button für Plauen und das Vogtland

Evangelistischer Aufbruch in der SELK-Gemeinde Plauen

Plauen, 19.1.2018 [selk]

„Was braucht unsere Region? Was haben die Menschen und wir selber nötig? Wir glauben, dass die Antwort darauf lautet: Liebe!“ – So beschreibt Pfarrer Matthias Tepper (44) die Motivation für die Aktion seiner St. Matthäus-Gemeinde der Selbständigen Evangelisch-Lutherischen Kirche (SELK) im sächsischen Plauen. 5.000 rote Buttons mit der Aufschrift „Du bist geliebt“ möchte die Gemeinde in Umlauf bringen, um mit den Menschen in Plauen und dem Vogtland, die mehrheitlich keiner christlichen Denomination angehören, ins Gespräch zu kommen.

„Der Button soll ein Zeichen der Liebe für alle sein“, so Tepper gegenüber selk_news. Viele hätten sich die Frage gestellt, von wem die Buttons, die unter anderem in einem Buchladen und in einer Friedhofskapelle zur kostenlosen Mitnahme bereitstehen, eigentlich stammen. Ganz bewusst habe man keine sofort als christliche Botschaft erkennbare Aufschrift gewählt, um Menschen erst ein-

mal neugierig zu machen. „Die Buttons sind eine erste Aussaat der Guten Botschaft unter unseren Mitbürgern“, erläutert Tepper.

Auf der Rückseite der Buttons erfährt der Empfänger die Adresse einer eigens eingerichteten evangelistischen Webseite www.dubistgeliebtvon.de, die weitere Informationen und Angebote zur Kontaktaufnahme bereithält.

Im Dezember lief die Button-Aktion an. Zu Hunderten wurden die roten Anstecker bereits auf dem Plauener Weihnachtsmarkt und anderen Plätzen verteilt. Auf der Webseite ist jeweils der ungefähre Stand der verteilten Exemplare zu erfahren.

Matthias Tepper war zwischen 2007 und 2017 als Missionar in Brüssel eingesetzt und begann im September 2017 seine Einarbeitungszeit im Pfarrbezirk Plauen-Greiz.

Auch 2018: „7 Wochen mit“

SELK startet erneut Netzwerk-Aktion zur Passions- und Fastenzeit

Hannover, 24.1.2018 [selk]

Auch in diesem Jahr startet das Amt für Gemeindedienst (AfG) der Selbständigen Evangelisch-Lutherischen Kirche (SELK) zur Passions- und Fastenzeit wieder die Aktion „7 Wochen mit“. Die Aktion konkurriert nicht mit anderen Aktionen zur Passions- und Fastenzeit, sondern stellt ein zusätzliches Angebot dar: Die Aktion betont den inhaltlichen Mehrwert der geprägten Zeit im Kirchenjahr und will anleiten, innezuhalten und der Besinnung auf das Leiden und Sterben Jesus Christi mit der Bedeutung für das menschliche Leben Raum zu geben. Dafür stellt das AfG auf den grundlegend neu gestalteten Seiten von www.7wochen.de Materialien zur Verfügung, die persönlich wie auch gemeinschaftlich genutzt werden können.

Neben einer Sammlung von Texten werden jährlich konstitutive Elemente für die Aktion ausgewählt, darunter immer auch ein Lied. Diesmal fiel die Wahl auf den Choral „Herr Jesu, deine Angst und Pein“. Dazu hat SELK-Pfarrer i.R. Konrad Uecker (Verden) eine Liedpredigt verfasst. Zu den Bibelabschnitten zur diesjährigen Aktion finden sich Andachten und Predigten im Materialangebot auf www.7wochen.de.

Als grafisches Element wurde diesmal eines der violetten Antependien der Bethlehemsgemeinde der SELK in Hannover ausgewählt. Fotos beider violetter Antependien der Gemeinde sowie auch weiterer violetter Antependien aus SELK-Gemeinden finden sich als besonderes Angebot auf www.7wochen.de und können für Gottesdienste, Andachten und andere Gelegenheiten genutzt werden.

Ein Flyer, der in dem genannten Internetangebot zu finden ist und auch in gedruckter Form kostenlos über afg@afg-selk.de abgerufen werden kann, bietet eine vollständig aufgeführte Andachtsform mit Eingangsvotum, Psalm, Bibellesung, Passionslied und Gebet. Auch ein Plakat ist über afg@afg-selk.de kostenlos abrufbar.

Eine Besonderheit der Aktion liegt auf dem Akzent, ein Netzwerk von Gemeinden, Gruppen Gremien, Familien-, Freundes-, Hauskreisen und Wohngemeinschaften zu bilden: Ziel ist es, dass an jedem Tag der Passions- und Fastenzeit an mindestens einem Ort eine 7-Wochen-mit-Andacht oder ein Gottesdienst mit Nutzung konstitutiver Elemente des laufenden Aktionsjahres stattfindet, wobei auch Gemeinden, Gruppen und Gremien über die SELK

hinaus zum Mitmachen eingeladen sind, denn die Aktion ist ausdrücklich ökumenisch ausgerichtet. Zur Anmeldung findet sich ein Formular („Anmeldung“) auf www.7wochen.de.

Die diesjährige Aktion „7 Wochen mit“ wird offiziell am Aschermittwoch, 14. Februar, in der Bethlehemskirche in Hannover eröffnet. Beginn des von Pfarrer Gottfried Heyn geleiteten Gottesdienstes: 18 Uhr.

SELK.Info | Erinnerung

Die Reihe „Erinnerung“ gedenkt in diesem Jahr verschiedener Frauen, die in der Geschichte der Selbständigen Evangelisch-Lutherischen Kirche und ihrer Vorgängerkirchen eine wichtige Rolle gespielt haben.

Elisabeth Günther

Die Pfarrfrau Anna Henriette Johanna Elisabeth Günther, geborene Haertwig, war vom Jahrgang 1900. In der einstigen Provinz Posen stand ihre Wiege. Konfirmiert in Treptow an der Rega, besuchte sie das Lyceum in Magdeburg und in der gleichen Stadt an der Elbe das Lehrerinnenseminar. Diese Ausbildung konnte sie nicht zu Ende bringen, die in Deutschland grassierende Hungersnot und die für sie damit verbundene Entkräftung ließen ihr keine Wahl. Sie arbeitete als Pflegerin und Gemeindehelferin.

1932 wurde Elisabeth Haertwig Pfarrfrau, nachdem sie mit dem Pfarrer Dr. theol. Walther Günther vor dem Traualtar im schlesischen Waldenburg gestanden hatte. Dort arbeitete und diente sie an seiner Seite. 1945 floh sie im April vor der anrückenden Roten Armee, um kurz nach der Befreiung zurückzukehren. Gleich vielen anderen erlebte und erlitt sie 1946 die Vertreibung aus Schlesien samt dem folgenden Lagerelend. Sie wurde samt ihrem Mann geführt, wohin sie ja ursprünglich nicht wollte, nach Wuppertal, in die Parochie Elberfeld. In Oberursel verbrachte sie den Lebensabend mit Kirchenrat Walther Günther, der ihr im Jahre 1973 vorangegangen ist. Von ihrem verwitweten Ehemann nahm sie vier Kinder in ihre Obhut, fünf eigene folgten. Von den insgesamt neun Kindern verlor sie an den Fronten des Zweiten Weltkrieges und in der Folge dieses Krieges drei Kinder, zwei weitere erlagen einer schweren Krankheit. In der Parochie Elberfeld unterrichtete sie Kinder, engagierte sich im Frauendienst und half darüber hinaus in der Gemeinde. Einen besonders fürsorglichen Blick hatte sie für Alte und Kranke. Sie, die auch gern Gärtnerin geworden wäre, hat

den gemeindlichen und kirchenleitenden Dienst ihres Mannes bejaht, sie gab ihm und ihren Kindern, darunter dem heimgerufenen Professor Dr. Hartmut Günther, ein Heim. Ein Haus kann man kaufen, wenn das Geld da ist, ein Heim nicht. Ein Heim ist eine Frage der Atmosphäre. Wohl dem, der solches Heim erleben durfte. Basare gab es schon zu ihrer Zeit und sie hat mitgeholfen, die Basare ihrer Kirchengemeinde zu bestücken. Die Verbindung zur Schwesterkirche in der Deutschen Demokratischen Republik hat sie treu gehalten, da wurde sie nicht müde. Krankheiten hatte Gott ihr zugemutet und sie doch immer wieder mit neuen Kräften gesegnet. Elisabeth Günther vom Jahrgang 1900 hat das Kaiserreich erlebt, die Weimarer Republik, die Nazi-Diktatur, das geteilte und wieder vereinigte Vaterland. Sie sah die Herren der Welt kommen und gehen und wusste, ihr und unser Herr kommt. Der hat das letzte Wort.

Gern hat Elisabeth Günther gesungen und sie, die 1992 heimgerufen worden ist, wird einstimmen dürfen in den Jubel der Erlösten und Christus loben, der in der Schwachheit ihre Stärke war. Gott hat sie durch manches Tal geführt, aber er schenkte ihr auch Erquickung in seinen Oasen. Er wird ihr, der Hunger nicht fremd war, voll einschenken und in SEINEM Hause wird sie bleiben immerdar.

Autor der Reihe „Erinnerung“: Pfarrer i.R. Hartmut Bartmuß, Tribünenweg 2, 33649 Bielefeld.

Jugendwerks-Informationen

„... unterwegs mit Gott“ im letzten Jahr SELK: freizeitfieber-AG tagt in Neukirchen

Homberg/Efze, 23.1.2018 [selk]

Seit 2009 haben nicht mehr so viele junge Menschen an freizeitfieber-Freizeiten teilgenommen wie im vergangenen Jahr. Mit 366 Teilnehmenden ist die Beteiligung im Jahr 2017 äußerst zufriedenstellend, zumal das Angebot an echten Sommerfreizeiten gar nicht so reichhaltig war. Eine Übersicht über alle freizeitfieber-Maßnahmen bildete einen schönen Beginn für die Sitzung der freizeitfieber-Arbeitsgruppe des Jugendwerkes der Selbständigen Evangelisch-Lutherischen Kirche (SELK), die sich Anfang Januar am Rande der Konfirmandenfreizeit des Kirchenbezirkes Hessen-Nord im Knüll-House in Neukirchen traf. „freizeitfieber“ ist das Netzwerk für Kinder- und Jugendreisen im Jugendwerk der SELK.

Einen breiten Raum der Sitzung nahmen die Überlegungen zur Präsentation von freizeitfieber bei den großen Jugendveranstaltungen der SELK ein. Werbewirksame Elemente oder Auftritte sind wichtig, um den Jugendlichen diese großartige Möglichkeit von gemeinsam verbrachter, gefüllter Zeit präsent zu halten. Geplant ist zum Beispiel wieder ein Workshop beim Jugendfestival der SELK, bei dem Interessierte eine eigene Freizeit entwickeln können. Außerdem wird beim Lutherischen Kirchentag in Erfurt ein attraktives Preisausschreiben mit wertvollen, schönen und witzigen Gewinnen angeboten werden.

Mit Bedauern nahmen die AG-Mitglieder Silvia Hauschild, Simon Kämpfert, Mike Luthardt, Norbert Schulz und Hauptjugendpastor Henning Scharff zur Kenntnis, dass das Angebot für 2018 recht übersichtlich ist. Zwar wird für alle Altersgruppen etwas angeboten, aber es gibt nur zwei 14-tägige Sommerfreizeiten für Jugendliche. Nach wie vor bleibt es eine wichtige Aufgabe, nach Menschen zu suchen, die Freizeiten für ihre Regionen anbieten.

Mit großer Freude hat die AG zu Kenntnis genommen, dass nach Erscheinen des Prospektes noch schnell ein zusätzliches Freizeitangebot entwickelt wurde. Eben weil das Angebot so mager ist, bieten Jaira und Jonathan Hoffmann eine zusätzliche Alternative an: eine Fahrradfreizeit durch Mecklenburg-Vorpommern. Diese Freizeit und der Homberger Sommer (HoSo) können von Schülerinnen und Schülern aus allen Bundesländern besucht werden!

Das Angebot von kürzeren und Kinderfreizeiten bleibt unverändert gut: Musikalische, sportliche und meditative Angebote werden von den Fortbildungen flankiert. Bei allen Maßnahmen geht es vor allem um die Überschrift von freizeitfieber: „...unterwegs mit Gott“.

Vom Entdecken bis zur Berufsberatung FSJ-Zwischenseminare im Lutherischen Jugendgästehaus

Homberg/Efze, 23.1.2018 [selk]

Nach den ersten Arbeitsmonaten in den unterschiedlichen Einsatzstellen trafen sich die Absolventen des Freiwilligen Sozialen Jahres (FSJ) in der Trägerschaft des Deutschen EC-Verbandes in Kooperation mit der Selbständigen Evangelisch-Lutherischen Kirche (SELK) zum ersten Zwischenseminar. Eine der vier Gruppen knapp 30-köpfigen Gruppen hat in diesem Jahr ihr einwöchiges Seminar im Lutherischen Jugendgästehaus in Homberg/Efze durchgeführt. Die Seminare werden von Christian Petersen und seinen beiden neuen Mitarbeiterinnen Patrizia Hofmann und Fabienne Stille vom EC geleitet. Dabei werden sie gelegentlich unterstützt vom

Hauptjugendpastor der SELK, Henning Scharff.

Das Zwischenseminar weist einen vollen Zeitplan auf. Das Thema „Explore!“ (zu Deutsch: „erforschen“, „erkunden“, „entdecken“) soll die Teilnehmenden bei der Suche nach ihrer „Berufung“, nach ihrem Platz in der (Berufs-) Welt unterstützen. In fünf Einheiten werden Fähigkeiten, ein Persönlichkeitstest, Gaben, Entwicklungsbedarf und die ganz konkrete Zukunftsplanung thematisiert. Der Weg führt vom Entdecken der eigenen Möglichkeiten bis zur intensiven Berufsberatung. Viele Tests und Gespräche sorgen dabei für manche „Aha-Erlebnisse“. Das umfang-

reiche „Explore!“-Programm ist eigens im Auftrag des EC entwickelt worden.

Die Tage wurden von Andachten in der Homberger Petruskirche gerahmt. Fragen oder Schwierigkeiten, die mit

der Arbeit oder dem augenblicklichen Lebensabschnitt zu tun hatten, konnten in der „kollegialen Beratung“ erörtert werden. Die Teilnehmenden nutzten auch das Gesprächsangebot der Leiter reichlich.

Schulabschluss und dann? FSJ-Stellenangebot von SELK und EC

Homburg/Efze, 16.1.2018 [selk]

Vielen Schülern fällt es schwer, sich direkt nach dem Schulabschluss für einen bestimmten Berufsweg zu entscheiden. Das Bildungsprogramm „Freiwilliges Soziales Jahr“ (FSJ) bietet in dieser Situation die großartige Möglichkeit, sich in einem Berufsfeld für ein Jahr auszuprobieren. Neben der Arbeit in der Einsatzstelle sorgen 20 Seminartage dafür, dass sich der eigene Horizont zusätzlich erweitert. Und zusätzlich unterstützt jede bzw. jeder Freiwillige durch seine Arbeit soziale Arbeiten und Projekte.

Ab dem 1. September – in einigen Einsatzstellen teilweise etwas zeitversetzt – beginnt der neue FSJ-Jahrgang in der Selbständigen Evangelisch-Lutherischen Kirche (SELK). Die Bewerbungsverfahren für die FSJ-Stellen des kommenden Jahrgangs (September 2018 bis August 2019) laufen bereits wieder an. Interessierte sollten möglichst bald Kontakt mit den Einsatzstellen aufnehmen oder sich direkt beim Deutschen Jugendverband „Entschieden für Christus“ (EC) in Kassel bewerben, mit dem die SELK beim FSJ kooperiert (www.ec-fsd.de).

Einsatzstellen der SELK sind zum Beispiel das Jugendwerk der SELK zusammen mit dem Lutherischen Jugendgästehaus, der Schulbauernhof Tannenhof bei Allendorf/Lumda, die Altenheime in Hesel und Baunatal-Großenritte und einige Schulen in Nordhessen. Insgesamt bieten EC und SELK über 100 Einsatzstellen an. Das FSJ bietet eine großartige Möglichkeit, sich selber in einem bestimmten Arbeitsbereich auszuprobieren: Kinder in der Schule oder im Umgang mit Tieren anzuleiten, die bunten Arbeitsfelder der Gemeindegemeinschaft zu entdecken und zu pflegen oder alten Menschen den Lebensabend gestalten zu helfen. Was auch immer es ist – es ist ein sinnvolles und für alle Beteiligten hilfreiches Jahr!

Nebenbei bietet das FSJ als Bildungsprogramm viele interessante Fortbildungsmöglichkeiten. So stehen soziale, politische und religiöse Bildung auf dem Programm der Seminare, die zum Teil im Lutherischen Jugendgästehaus in Homburg/Efze abgehalten werden.

Europäische Jugendkarte hilft sparen Angebot vom Reisetz – Deutscher Fachverband für Jugendreisen

Berlin, 12.1.2018 [transfer/selk]

Über das Reisetz, den Deutschen Fachverband für Jugendreisen ist inzwischen auch in Deutschland die Europäische Jugendkarte (European Youth Card, EYCA) zu beziehen. Über die Webseite www.jugendkarte.de kann die Karte online bestellt werden. Sie erlaubt jungen Menschen zwischen zehn und 30 Jahren den Zugang zu mehr als 65.000 Rabatten europaweit.

Das Partnernetz der Kooperationspartner wächst ständig. Aber schon jetzt räumen einige internationale Hotelketten, sowie Gästehäuser und Hostels Rabatte von 20–50% auf den Übernachtungspreis ein. In Frankreich und Spanien kann Flixbus günstiger gebucht werden. Viele Museen und auch Restaurantketten bieten Rabatte. Und auch auf Sportangebote wie ausgewählte Snowboardkurse und Liftkarten oder Spiele der Portugiesischen Fußballliga gibt es Ermäßigung.

Online Übersetzungshilfe für Fachbegriffe in der Jugendarbeit

Angebot der Fachstelle für Internationale Jugendarbeit

Bonn, 17.1.2018 [jissa/selk]

Mit über 1.000 Begriffen aus der Kinder- und Jugendhilfe und der Internationalen Jugendarbeit ist der Youth Work Translator der Fachstelle für Internationale Jugendarbeit (IJAB) online gegangen. Auf Deutsch, Griechisch, Englisch und Chinesisch können Fachkräfte nach Übersetzungen suchen und die Kommunikation mit internationalen Partnern erleichtern.

Die sprachliche Verständigung bei internationalen Fachkräfteprogrammen und Jugendbegegnungen ist eine Herausforderung. Wenn es nicht nur um Alltagssprache geht, sondern um Fachbegriffe aus der Kinder- und Jugendhilfe, reichen die in der Schule erlernten Sprachkenntnisse oft nicht aus und bestehende Online-Tools liefern keine validen Übersetzungen. Hier setzt der Youth Work Translator an: Über 1.000 Begriffe aus den Feldern der Kinder- und Jugendhilfe und dem Bereich der Internationalen Jugendarbeit unterstützen Fachkräfte in der Zusammenarbeit mit internationalen Partnern. Zu rund 140 Begriffen stehen

darüber hinaus Erläuterungen zur Verfügung, die eine Hilfe zum Verständnis des Inhalts bieten, die spezifisch für ein Land – besonders für Deutschland – sind.

Der Youth Work Translator ist ein lebendiges Tool, das sich stetig weiterentwickeln wird. Daher verfügt der Youth Work Translator über eine Rückmeldefunktion, über die Nutzerinnen und Nutzer Vorschläge für weitere Begriffe sowie für Übersetzungsänderungen oder Erläuterungsänderungen machen können. Die Vorschläge werden im Redaktionsteam gesammelt und nach Prüfung in regelmäßigen Abständen eingearbeitet. Das Tool soll zudem in der Zukunft um zusätzliche Sprachen erweitert werden.

Als Online-Sprachhilfe ist der Youth Work Translator bei internationalen Aktivitäten immer verfügbar und auch über mobile Endgeräte komfortabel nutzbar. Die Sprachhilfe Youth Work Translator findet man direkt unter: www.ijab.de/glossar/

Aus dem Weltluthertum

USA: Sechstes Treffen von LCMS, WELS und ELS

Wiederherstellung der Kirchengemeinschaft nicht in Sicht

Jacksonville, 28.12.2017 [els]

Am 28. und 30. November 2017 trafen sich Vertreter der Lutherischen Kirche-Missouri-Synode (LCMS), der Evangelisch-Lutherischen Wisconsin-Synode (WELS) und der Evangelisch-Lutherischen Synode (ELS) in Jacksonville, Florida, zum sechsten jährlichen informellen Treffen. Hauptthemen waren die Lehre von der Berufung und ein Vergleich der kürzlich veröffentlichten Katechismen von WELS und LCMS. Auch die letzte Version des Katechismus für die ELS (2001) wurde verwendet, um die neuen Ausgaben des Kleinen Katechismus Martin Luthers samt Auslegung zu diskutieren.

Die drei Präsidien informierten außerdem über die Arbeit ihrer Kirchen, insbesondere über die pastorale Ausbildung, die Besetzung vakanter Gemeinden und die internationalen Beziehungen. Die LCMS gehört zum Internationalen Lutherischen Rat (ILC), während die ELS und WELS Mitglieder der Konfessionellen Evangelisch-Lutherischen Konferenz (CELC) sind.

Keiner der Teilnehmer dieser informellen Treffen erwartet in naher Zukunft eine Wiederherstellung der Kirchengemeinschaft zwischen ELS/WELS und der LCMS. Da die Beteiligten den Austausch aber hilfreich finden, wurde für den Herbst 2018 ein weiteres Treffen vereinbart.

Ukraine: Fehlende Räume und Krimgemeinden als Sorgenkinder Kanadische Unterstützung herzlich willkommen

Odessa, 19.12.2017 [canadian lutheran]

Die jährliche Synodaltagung der Synode der Evangelisch-Lutherischen Kirchen in der Ukraine (SELCU) fand am 21. und 22. November 2017 im Concordia-Seminar in Usatovo, einem nordwestlichen Vorort von Odessa, statt. Wegen der Krankheit von Bischof Alexander Yurchenko predigte der Vizepräsident der Synode, Pfarrer Oleg Schewtschenko, im Eröffnungsgottesdienst und leitete die Geschäftssitzungen.

Zusätzlich zu den üblichen Berichten des Bischofs, des Schatzmeisters und der Theologischen Kommission berichteten die Vertreter jeder Gemeinde ausführlich über lokale Aktivitäten im vergangenen Jahr. Die Versammlung beschloss auch den Synodalkalender, in dem für 2018 geplante Veranstaltungen und Missionsprojekte aufgelistet sind.

Eine besondere Herausforderung ist die Notlage der SELCU-Mitgliedergemeinden auf der Krim-Halbinsel, die 2014 von Russland annektiert wurde. Einige von ihnen haben Schwierigkeiten, als religiöse Organisationen registriert zu werden, da die russischen Regierungsbehörden aufgrund ihrer Verbindungen zu einem kirchlichen Organ in

der Ukraine hier Vorbehalte haben.

Ein weiteres dringendes Anliegen war das Fehlen eines geeigneten Gottesdienstortes für Versammlungen in Dnepropetrovsk und Odessa. Die Gemeinde Dnipropetrowsk konnte eine Immobilie zum Kauf finden, aber die Situation in Odessa ist schwieriger, seit die SELCU-Gemeinde letzten Sommer ihren ehemaligen gemieteten Raum im Pfarrhaus der St. Paulus-Gemeinde der Deutschen Evangelisch-Lutherischen Kirche der Ukraine in der Innenstadt verlassen hatte. Zurzeit trifft sich die SELCU-Gemeinde in einer Wohnung im Zentrum von Odessa, die zu eng ist, um sonntags ihre Gottesdienste zu beherbergen.

Die internationalen Partnerkirchen waren durch den ehemaligen Pfarrer der Selbständigen Evangelisch-Lutherischen Kirche, Pfarrer in Ruhe Wilhelm Torgerson D.D. bei der Synodaltagung vertreten. Er überbrachte die besonderen Grüße seiner jetzigen Kirche der Lutherischen Kirche – Kanada (LCC) und ihres Präsidenten Pfarrer Dr. Robert Bugbee. Die LCC unterstützt die SELCU gemeinsam mit der Evangelisch-Lutherischen Missionsdiözese von Finnland (ELMDF) bei der Pfarrerausbildung.

Ukraine: Pfarramtsanwärter setzen Studien fort Ehemaliger SELK-Pfarrer Torgerson zu neuem Kurs in Odessa

Odessa, 12.1.2018 [canadian lutheran]

Die Ausbildung einer neuen Klasse von Pastoren für die Synode der Evangelisch-Lutherischen Kirchen in der Ukraine (SELCU) am Concordia-Seminar in Odessa-Usatowe, Ukraine, wurde Ende 2017 fortgesetzt. Die Pfarramtsstudenten schlossen ihr Studium des Patristischen Zeitalters mit einem besonderen Schwerpunkt auf den ersten vier ökumenischen Konzilien, ihren Lehrentscheidungen und ihrem Einfluss auf die heutigen Kirchen ab. Danach begannen die Studenten einen Kurs über Predigtvorbereitung, aufbauend auf Kursen, die der ehemalige Pfarrer der Selbständigen Evangelisch-Lutherischen Kirche (SELK) Wilhelm Torgerson während seiner ersten Lehrtätigkeit am ukrainischen Seminar geleitet hatte. Torgerson ist jetzt Pastor der Lutherischen Kirche-Kanada (LCC) und Dekan des Concordia-Seminars in Odessa-Usatowe.

Während seiner Zeit in der Ukraine besuchte Torgerson auch Dnepropetrovsk, wo er in der örtlichen SELCU-Ge-

meinde predigte. Mit Hilfe des LCC-Pastors Roland Syens und der Heilig-Kreuz-Gemeinde in Kitchener/Ontario konnte die Gemeinde vor kurzem eine zeltähnliche Einrichtung kaufen, die von einem Fitnessclub genutzt wurde, und steht nun vor der Aufgabe, sie nach der Übernahme am 1. Dezember für den Gottesdienst umzugestalten.

Außerdem besuchte Torgerson die SELCU-Gemeinde in der ukrainischen Hauptstadt Odessa, wo er Mitte Dezember predigte. Die Gemeinde hat derzeit keinen eigenen ständigen Gottesdienstraum und trifft sich im Wohnzimmer einer SELCU-eigenen Wohnung, wo es extrem eng für die mehr als 50 Gottesdienstbesucher ist.

Die LCC unterstützt die Arbeit der Synode der evangelisch-lutherischen Kirchen in der Ukraine seit langem, vor allem durch Unterstützung bei der Pfarrerausbildung

Braunschweig: Landeskirche feiert 450-jähriges Bestehen Jubiläumsjahr mit Zukunftskongress

Wolfenbüttel, 4.1.2018 [epd]

Mit zahlreichen Veranstaltungen feiert die Evangelisch-lutherische Landeskirche in Braunschweig in diesem Jahr ihr 450-jähriges Bestehen. Sie wurde von Herzog Julius Braunschweig-Wolfenbüttel (1528-1589) gegründet, der im Jahr 1568 die Reformation im ganzen Herzogtum einführte. „Das ist ein Datum, das sehr prägend gewesen ist fürs Braunschweiger Land“, sagte Landesbischof Dr. Christoph Meyns dem Evangelischen Pressedienst (epd). Durch die Gründungen zahlreicher Schulen oder den Neuaufbau des Sozialwesens habe diese Entscheidung bis ins 20. Jahrhundert hinein viel verändert. In der Stadt Braunschweig war bereits 40 Jahre früher die Reformation eingeführt worden.

Im Grunde genommen sei das kommende Jahr eine Fortsetzung des 500. Reformationsjubiläums, sagte Meyns. So werde am 3. Februar das Pop-Oratorium „Luther“ in der Braunschweiger Volkswagen Halle aufgeführt. Das Stück, das im vergangenen Jahr bereits auf bundesweite Tournee ging, soll mit einem Mega-Chor von 1.500 Stimmen zum vorerst letzten Mal auf die Bühne gebracht werden. Erwartet werden rund 6.500 Besucher.

Im Laufe des Jubiläumsjahres erinnert die Landeskirche auch daran, dass vor 50 Jahren erstmals Frauen ein Pfarramt übernehmen durften. Heute sei die Ordination von Frauen selbstverständlich, so dass keiner mehr darüber nachdenke, was dies in einer „zutiefst patriarchal geprägten Kultur“ bedeutet habe, sagte der Bischof. „Das war

noch mal eine ganz eigene Revolution.“ Zu den besonderen Veranstaltungen im Jubiläumsjahr zählt außerdem eine Ausstellung des Braunschweiger Fotografen Klaus G. Kohn im Kreuzgang der Braunschweiger Brüdernkirche vom 3. Mai bis zum 14. Juni.

Am 8. September lädt die Landeskirche laut Meyns außerdem erneut ihre 329 Gemeinden zu einem Kongress ein, um in Workshops über die Zukunft ihrer Arbeit zu beraten. „Das ist auch ein Zeichen, dass wir im Jubiläumsjahr inhaltlich weiterkommen wollen und nicht nur auf die Gründung zurückschauen.“ Aufgrund sinkender Mitgliederzahlen stehe die Landeskirche vor neuen Herausforderungen. „Wir sind Teil einer gesamtgesellschaftlichen Entwicklung, dass Menschen sich zunehmend aus Bindungen zurückziehen“, sagte Meyns. Seit Anfang der 1990er Jahre ist die Zahl der Kirchenmitglieder auch aufgrund des demografischen Wandels von 502.000 auf 342.000 zurückgegangen.

Die Kirche müsse sich durch stetige Reformen auf diese Veränderungen einstellen, sagte Meyns. Dabei gehe es aber auch um die Fragen, was die Menschen in der Region bewege und wie die Kirche dazu beitragen könne, beispielsweise durch praktische diakonische Hilfen, dieses Leben zu bereichern. „Wir sind als kleine Landeskirche dicht an den Menschen dran, und diesen Schatz wollen wir uns bewahren.“

Estland: Kirche und Staat beenden Vermögensstreit Kirchneubau in Mustamäe

Tallinn, 16.1.2018 [GAW]

Am 28. Dezember 2017 beschloss die Regierung Estlands, die während des Zweiten Weltkriegs und der sowjetischen Okkupation erfolgten Verletzungen der Eigentumsrechte von Kirchen wiedergutzumachen. Die Estnische Evangelisch-Lutherische Kirche (EELK) und die russisch-orthodoxe Kirche des Patriarchats von Konstantinopel erhalten insgesamt acht Millionen Euro Entschädigung. Damit sind die Streitigkeiten zwischen dem Staat und diesen Kirchen bezüglich der noch offenen Vermögensfragen beendet. Eine wichtige Voraussetzung für den Regierungsbeschluss war, dass die lutherische Kirche auf die Rückgabe der Nikolaikirche in Tallinn verzichtet. Die Nikolaikirche war

1944 zerbombt worden. Nach dem Krieg wurde sie durch den Staat wiederaufgebaut und als Kunstmuseum genutzt. Sie beherbergt bedeutende kirchliche Kunstschatze, darunter das Gemälde Totentanz des mittelalterlichen Lübecker Künstlers Bernt Notke. Die Gemeinde durfte ihre Kirche nicht mehr nutzen und wurde zwangsweise in die Gemeinde der Domkirche eingegliedert.

Die EELK will ihren Teil der Entschädigungssumme – 6,75 Millionen Euro – vorwiegend für die Sanierung der Domkirche und für den Neubau einer Kirche im Stadtteil Mustamäe in Tallinn verwenden.

Polen: Eklat am Ende des Jubiläumjahres der Reformation

Protestantische Konsistorien beklagen Unkenntnis und Intoleranz

Warschau, 20.12.2017 [GAW]

Am 14. Dezember 2017 stand in der ersten Kammer des polnischen Parlaments, dem Sejm, eine Resolution zur Würdigung des Beitrags polnischer Protestanten in der Geschichte des Landes auf der Tagesordnung. Eine ähnliche Resolution hatte die zweite Kammer des polnischen Parlaments, der Senat, im Februar 2017 unter heftigen Diskussionen und mit einer sehr knappen Mehrheit verabschiedet, nachdem die Würdigung der Reformation selbst gestrichen worden war.

Den Beschlussentwurf zum Gedenken an 500 Jahre Reformation für den Sejm hatten Ende Oktober 2017 Vertreter der Parteien Nowoczesna und PSL eingebracht. Der Entwurf bekam die Unterstützung des Seniorenkonvents und wurde durch Sejmmarschall Marek Kuchcinski vorgestellt. Unter anderem hieß es darin, dass „der Sejm der Republik Polen im Jubiläumjahr von 500 Jahren Reformation eine Bewegung würdigen will, die entscheidenden Einfluss auf das religiöse und kulturelle Antlitz Europas hatte, dessen integraler Bestandteil die Rzeczypospolita war und ist“. Es wurde auch daran erinnert, dass „die Rzeczypospolita zu den tolerantesten Staaten in Europa gehörte und Bürger verschiedener Nationalitäten, Religionen und Kulturen vereinte.“ Das Jubiläumjahr sei „eine hervorragende Gelegenheit, polnischen Protestanten Wertschätzung und Anerkennung entgegenzubringen für ihren Beitrag zur Entwicklung unseres Staates und besonders seiner Kultur, Sprache und Tradition.“

Eine Abgeordnete der Republikanischen Partei im Sejm verhinderte die Annahme des Beschlussentwurfs per Aklamation. Als Katholikin sei sie der Meinung, dass ein fröhliches Feiern von Ereignissen, die die Kirche gespalten haben, keine gute Idee sei. Die Beschlussvorlage wurde

mit einer Mehrheit von 232 zu 193 Stimmen abgelehnt und in die Kultur- und Medienkommission des Sejms überwiesen. Dieselbe Kommission hatte jedoch schon im Frühjahr geweigert, einen Vorschlag zu beraten, wonach das Jahr 2017 zum „Jahr der Reformation“ erklärt werden sollte.

Am 15. Dezember versammelten sich die Konsistorien der lutherischen, reformierten und methodistischen Kirche zu einer gemeinsamen Sitzung und verabschiedeten einstimmig einen offenen Brief. Darin baten sie, die im Sejm eingebrachten Anträge zum Gedenken des 500-jährigen Reformationsjubiläums zurückzuziehen: „Wir wollen nicht, dass über das Erbe der Reformation im Sejm der Republik Polen auf solche Weise diskutiert wird!“ Die Bischöfe der drei Kirchen sprachen in dem Brief auch ihren Dank an den Präsidenten Andrzej Duda, den Senat der Republik Polen, an die Vertreter der römisch-katholischen Kirche und anderer christlicher Kirchen sowie an politische Vertreter von Wojewodschaften und Selbstverwaltungen und andere aus, die auf vielfältige Weise ihre Wertschätzung gegenüber dem 500-jährigen Reformationsjubiläum zum Ausdruck gebracht hatten.

Die Diskussionen im Senat sowie die Ablehnung der Würdigung durch den Sejm zeigen deutlich, auf wie viel Unkenntnis und Intoleranz die Protestanten in Polen oftmals noch stoßen. Die Kirchenleitung der Evangelisch-Augsburgischen Kirche in Polen bedauert, dass sich das polnische Parlament nicht dazu durchringen konnte, Protestanten für ihren Beitrag für Kultur, Wissenschaft, Bildung und Wirtschaft sowie zur Schutz der Unabhängigkeit des Landes seine Anerkennung auszudrücken.

Aus der evangelischen Welt

Streit um geplante Gedenkstätte zu „Reichserntedankfesten“ Fest am Bückeberg war ein Ereignis von nationaler Tragweite

Hamelns/Celle, 19.12.17 [epd/selk]

Der geplante Bau einer Dokumentationsstätte am Bückeberg bei Hameln zu den sogenannten Reichserntedankfesten der Nazis sorgt in der Region für heftige Kontroversen. Die CDU-Kreistagsabgeordnete Irmgard Lohmann aus Emmerthal hält das Projekt für „nicht zeitgemäß“ und für „zu kostspielig“. Junge Menschen informierten sich heute eher über das Smartphone über „solche Dinge“, anstatt über Informationstafeln, wie sie am Bückeberg vorgesehen seien, sagte Lohmann der in Hameln erscheinenden Deister- und Weserzeitung. Gegner des Projekts haben außerdem eine Unterschriftenaktion gestartet.

Der Verein für regionale Kultur- und Zeitgeschichte um den Hamelner Historiker Bernhard Gelderblom entwickelt derzeit ein Konzept für die Gedenkstätte. Als künftigen Träger sehen der Verein und die Kreisverwaltung eine gemeinnützige GmbH mit dem Landkreis als Hauptgesellschafter vor. Lohmann befürchtet, dass der Kreis jährlich bis zu 150.000 Euro für das Vorhaben aufbringen muss. „Das passt nicht in den Haushalt und in die Finanzstruktur des Landkreises“, sagte sie.

Die Stiftung niedersächsischer Gedenkstätten unterstützt hingegen die geplante Gedenkstätte. Sie begrüße grundsätzlich auch den laufenden Diskussionsprozess, „wenn er offen und sachlich geführt wird“, sagte der Geschäftsführer der Stiftung, Dr. Jens-Christian Wagner, in Celle. Es sei jedoch bedenklich, „wenn unter dem Deckmantel angeblich zu hoher Kosten erinnerungspolitische Debatten mitschwingen, die unausgesprochen eine Verhinderung des Projektes zum Ziel haben und an Abwehrreflexe erinnern, die eigentlich als überwunden galten“.

Der Bückeberg sei als historischer Ort der „Reichserntedankfeste“ zwischen 1933 und 1937 für die Geschichte des Nationalsozialismus „von herausragender Bedeutung“, erklärte die Stiftung. Das Fest habe zu den zentralen Veranstaltungen in den Anfangsjahren des nationalsozialistischen Regimes gehört und sei durch die umfangreiche Begleitung der NS-Propaganda zu einem Ereignis von nationaler Tragweite geworden. Das habe zur Etablierung des Führerkults und der Formierung der „Volksgemeinschaft“ beigetragen.

Renke Brahm: Pazifistische Stimmen auch heute wichtig Älteste deutsche Friedensorganisation besteht 125 Jahre

Bonn/Bremen, 20.12.2017 [epd/selk]

Der evangelische Friedensbeauftragte Renke Brahm hat 125 Jahre nach Gründung der Deutschen Friedensgesellschaft (DFG) die Verdienste der Friedensbewegung gewürdigt. Seit 125 Jahren engagiere sie sich für eine friedliche Welt und sei auch heute unverzichtbar, sagte der Friedensbeauftragte des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) am 20. Dezember in Bonn. „In einer Zeit, in der immer weiter aufgerüstet wird, in der bei Konflikten immer wieder schnell nach militärischen Lösungen gerufen wird, in der eine neue nukleare Rüstungsspirale droht, braucht es dringend eine pazifistische Stimme in der politischen Debatte.“

Gegründet wurde die DFG, die heute „Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsgegner“ heißt, den Angaben nach als älteste deutsche Friedensorganisation am

21. Dezember 1892. „Damals fanden sich Menschen zusammen, die sich nicht mit der Militarisierung der Gesellschaft und dem Wettrüsten der Staaten abfinden wollten und pazifistischen Ideen eine wichtige Stimme gaben“, sagte Brahm und erinnerte an Persönlichkeiten wie Bertha von Suttner, Ludwig Quidde und Adolf Richter.

Nach dem Zweiten Weltkrieg habe die Friedensbewegung Kritik an der Wiederbewaffnung, den Atomwaffen, der Ost-West-Konfrontation und später der Stationierung von Mittelstreckenwaffen in West und Ost geübt, hieß es. Damit habe sie eine wichtige Rolle im gesellschaftlichen Diskurs sowohl in der Bundesrepublik als auch in der DDR geleistet.

Brahm sagte weiter, auch Christen seien schon in den

Anfangsjahren Teil der Friedensbewegung in Deutschland gewesen. Allerdings seien pazifistische Stimmen in der Kirche damals leider sehr selten gewesen, räumte er ein und erinnerte an den württembergischen Pfarrer

Otto Ludwig Umfrid, der mit seinem Einsatz für Völkerverständigung oft in Konflikt mit der Amtskirche geraten sei. Brahms betonte, auch für die Diskussion innerhalb der Kirche sei die Friedensbewegung sehr wichtig gewesen.

Menschenrechtler: Massenexodus aus dem Nahen Osten Christen sind massiv unter Druck geraten

Göttingen, 20.12.2017 [epd/selk]

Die Gesellschaft für bedrohte Völker warnt vor einem Massenexodus von Christen aus dem Nahen Osten und anderen muslimischen Staaten. „Nur in wenigen Staaten wie in Marokko gibt es Zeichen der Hoffnung, dass Christen mehr Religionsfreiheit eingeräumt wird“, sagte der Direktor der Gesellschaft, Ulrich Delius, am 20. Dezember in Göttingen. In Marokko engagierten sich Christen gemeinsam mit Juden, Sufis und Bahai öffentlich für die Durchsetzung ihrer Rechte.

Die Zahl der Christen im Irak und im Jemen sei bereits dramatisch zurückgegangen, betonte die Menschenrechtsorganisation: „Religionsfreiheit ist ein bedeutendes Menschenrecht und muss von allen Staaten rückhaltlos gewährt werden. Der interreligiöse Dialog ist hilfreich. Er ist jedoch keine Garantie dafür, dass sich Behörden in muslimisch dominierten Staaten nicht dem Druck radikaler Islamisten beugen und Christen in ihrer Religionsausübung behindern.“

Besonders besorgniserregend sei die Lage der Christen

im Irak. Dort sei in den Gebieten, die unter der Herrschaft der Zentralregierung stünden, die Zahl der Christen nach Einschätzung lokaler Beobachter seit 2015 von 275.000 auf 150.000 Gläubige zurückgegangen. Wie in vielen Staaten des Nahen Ostens litten Christen im Irak auch unter dem weltweiten Konflikt zwischen Sunniten und Schiiten.

Auch in dem seit Jahren von Kämpfen zerrissenen Jemen seien Christen massiv unter Druck, erklärte die Gesellschaft für bedrohte Völker. „Bombardements, Flucht, Bürgerkrieg und das Erstarken islamistischer Ideologien haben dazu geführt, dass sich ihre Zahl von 40.000 Gläubigen im Jahr 2011 auf heute rund 3.000 verringert hat.“

„In Pakistan erleben wir leider ebenfalls einen bedrohlichen Exodus von Christen“, erklärte Delius. „Sie suchen zu Tausenden Zuflucht im Ausland, um der wachsenden Bedrohung durch Islamisten zu entgehen. Mit großer Sorge beobachten wir, dass die pakistanischen Behörden vor der wachsenden Macht von Islamisten kapitulieren und den Christen den notwendigen Schutz meist verweigern.“

Klosterkammer Hannover wird 200 Jahre alt Sonderbehörde zur Verwaltung von vier Stiftungen

Hannover, 29.12.2017 [epd/selk]

Die Klosterkammer Hannover feiert im kommenden Jahr ihr 200-jähriges Bestehen. Sie wurde am 8. Mai 1818 vom welfischen Prinzregenten Georg von Hannover (1762-1830) gegründet, dem späteren britischen König Georg IV. Ihre Aufgabe war die Verwaltung früherer Kirchengüter, die in der Reformationszeit säkularisiert worden waren.

Heute ist die Klosterkammer eine Sonderbehörde unter Rechtsaufsicht des niedersächsischen Ministeriums für Wissenschaft und Kultur, die unabhängig vom Staatsvermögen vier Stiftungen verwaltet. Sie kümmert sich unter anderem um die Unterhaltung von 20 Klöstern, 43 Kirchen, rund 800 vielfach denkmalgeschützten Gebäuden und rund 12.000 Kunstgegenständen.

Hinzu kommt Grundbesitz, darunter viel Wald.

Aus diesem Vermögen unterstützt die Klosterkammer heute jährlich rund 200 Projekte aus Kirche, Bildung und sozialer Arbeit mit rund 3,2 Millionen Euro. „Das von Georg IV. unterschriebene Patent besagt, dass die Klosterkammer sich den Gegebenheiten der Zeit anpassen soll“, sagte Klosterkammer-Präsident Hans-Christian Biallas dem epd. „Wir orientieren uns an gesellschaftlichen Veränderungen, folgen aber nicht immer gleich dem Zeitgeist – beispielweise bei der Auswahl unserer Förderprojekte.“

Anlässlich des 200. Jubiläums will die Klosterkammer ihre Geschichte umfassend untersuchen und aufbereiten las-

sen, unter anderem die bisher wenig erforschte Geschichte in der NS-Zeit. Außerdem sind mehrere Veranstaltungen geplant. So zeigt eine Ausstellung im Landesmuseum Hannover vom 20. April bis zum 12. August Spuren klösterlichen Lebens und kostbare Kunstwerke, die zum Teil erstmals außerhalb von Klöstern zu sehen sind. Am 25. August öffnet eine Festmeile im Kloster Wöltingerode bei Goslar. Für den 1. Oktober ist ein „Tag der offenen Tür“ in Hannover vorgesehen.

Die Wurzeln der Klosterkammer reichen bis ins 16. Jahrhundert zurück: 1542 verfügte Herzogin Elisabeth von Calenberg-Göttingen (1510-1558), dass klösterlicher Besitz

für kirchliche, schulische und mildtätige Zwecke gesondert verwaltet werden müsse. Sie legte damit den Grundstein für den Allgemeinen Hannoverschen Klosterfonds, die größte der vier öffentlich-rechtlichen Stiftungen der Klosterkammer.

Im Laufe der Zeit wuchs das Vermögen: So kam zu Beginn des 19. Jahrhunderts früherer Besitz aus den säkularisierten Bistümern Osnabrück und Hildesheim hinzu. Neben dem Klosterfonds kümmert sich die Behörde seit 1823 auch um das Stift Ilfeld bei Nordhausen in Thüringen, seit 1850 um den Hospitalfonds St. Benedikti Lüneburg und seit 1893 um den Domstrukturfonds Verden.

Haus der Religionen wird für 1,2 Millionen Euro erweitert Jede Großstadt brauche ein Zentrum für interreligiösen Dialog

Hannover/Frankfurt, 8.1.2018 [epd/selk]

Mit einem Budget von rund 1,2 Millionen Euro wird das bundesweit einmalige Haus der Religionen in Hannover vergrößert. Im Herbst soll der Umbau in der benachbarten, 2013 entwidmeten Athanasiuskirche beginnen, sagte der Vorsitzende des Vereins „Haus der Religionen“, Dr. Wolfgang Reinbold, am 8. Januar in Hannover. Das Zentrum für interreligiösen und interkulturellen Dialog brauche dringend mehr Platz: „Wir müssen professionelles Arbeiten ermöglichen.“

Im Haus der Religionen setzen sich Christen, Juden, Muslime, Hindus, Buddhisten und Bahai für ein friedliches Miteinander und ein besseres gegenseitiges Kennenlernen ein. Das Zentrum wurde 2005 gegründet. Es wird geleitet vom „Rat der Religionen“, der gemeinsamen Vertretung der Glaubensgemeinschaften in Hannover.

Im erweiterten Haus der Religionen werde es einen großen Veranstaltungsraum, einen Gruppenraum für die Arbeit mit Schulklassen sowie einen Dialograum geben, erläuterte Reinbold. Zudem werde die Dauerausstellung erneuert und multimedial ausgebaut, so dass etwa eine Moschee oder ein Hindutempel virtuell betreten werden könnten.

Der einjährige Umbau betreffe verschiedene Bereiche, erläuterte Architekt Dirk Felsmann. So bleibe das Veranstaltungszentrum bestehen. Dort sind derzeit neben

dem Haus der Religionen ein Theater und ein Kulturbüro untergebracht. Zudem proben dort Chöre, und es treffen sich Vereine. Über den ehemaligen Glockenturm solle ein Zugang zu acht Wohnungen geschaffen werden. Diese würden im oberen Teil des durch eine Zwischendecke geteilten Kirchenschiffs gebaut. Als Zugang in das neue Haus der Religionen im unteren Teil des ehemaligen Kirchenraums seien ein dritter Eingang und ein gläsernes Treppenhaus geplant.

Bislang sind den Angaben zufolge zwei Drittel der Baukosten unter anderem von der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Hannovers, der Klosterkammer und der Region Hannover zugesagt. Das Haus der Religionen hat zudem eine Spendenkampagne gestartet, bei der beispielsweise symbolische Quadratmeter des neuen Zentrums erworben werden können.

Der evangelische Theologe Reinbold betonte, das Thema Religion betreffe jeden – auch Atheisten. Deswegen brauche jede Großstadt ein Zentrum für interreligiösen Dialog. In Zusammenarbeit mit dem „Rat der Religionen“ in Frankfurt am Main plane der hannoversche „Rat der Religionen“ erstmals eine Bundeskonferenz. So solle es in diesem Jahr ein Vernetzungstreffen interreligiöser Dialog-Initiativen in Frankfurt geben, für 2019 sei ein weiteres Treffen in Hannover geplant.

EKD-Aufruf: Für bedrängte und verfolgte Christen in Ägypten beten Übung der Fürbitten am Sonntag Reminiszere besteht seit 2010

Hannover, 17.1.2018 [epd/selk]

Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) ruft zum Gebet für verfolgte Christen in Ägypten auf. „In den letzten Jahren und in besonderer Weise im Jahr 2017 wurden Christen und christliche Stätten in erschütterndem Maße zu Zielen terroristischer Anschläge“, erklärte die EKD-Auslandsbischöfin Petra Bosse-Huber am 17. Januar in Hannover. Die evangelische Kirche rief alle Kirchengemeinden dazu auf, am zweiten Sonntag der Passionszeit (25. Februar) für bedrängte Christen zu beten. Ein Schwerpunkt der Fürbitte 2018 ist die Menschenrechtslage in Ägypten.

Besonders dort, wo das Recht auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit eingeschränkt sei oder verwehrt werde, „ist es unsere Pflicht, dies öffentlich zu machen, den Betroffenen eine Stimme zu geben und uns mit ihnen für die Wiedererlangung ihrer Rechte einzusetzen“, sagt Bosse-Huber, die die Hauptabteilung Ökumene und Auslandsarbeit der EKD leitet. Seit 2010 ruft die EKD am zweiten Sonntag der Passionszeit Kirchen und Gemeinden auf, in Gottesdiensten und Gebeten in besonderer Weise auf die Leidenserfahrungen von Christen in anderen Ländern aufmerksam zu machen und Anteil zu nehmen.

Gründer der Anskar-Kirche Wolfram Kopfermann wird 80 Trotz einer Parkinson-Erkrankung predigte er im Festgottesdienst

Hamburg, 18.12.2017 [idea/selk]

Einer der Väter der charismatischen Bewegung in Deutschland, Pastor Wolfram Kopfermann, vollendete am 2. Januar 2018 sein 80. Lebensjahr. Er stand von 1988 bis 2013 an der Spitze der nach dem ersten Hamburger Bischof Anskar (801–865) benannten Freikirche. Sie umfasst fünf Gemeinden und fünf Gründungsprojekte im Großraum Hamburg, in Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen, Hessen, Bayern und Sachsen. Kopfermann wirkte zunächst als Gemeindepfarrer in Bayern und Nordelbien. 14 Jahre war er Pastor an der Hamburger Hauptkirche St. Petri. Zehn Jahre stand er an der Spitze der (charismatischen) Geistlichen Gemeinde-Erneuerung in der EKD. 1988 verließ er die nordelbische Kirche wegen ihres – seiner Ansicht nach – „unerträglichen Pluralismus“ und rief die Anskar-Kirche ins Leben. 2013 gab er die Leitung der Freikirche an Tillman Krüger ab, der bereits seit 2008 die Gemeinde in Hamburg-Mitte leitet.

Kopfermann ist an Parkinson erkrankt, hält aber trotzdem gelegentlich noch Vorträge und Predigten, sagte die

Pastorin der Anskar-Kirche, Anja Bender (Hamburg), der Evangelischen Nachrichtenagentur idea. Bei einem öffentlichen Festgottesdienst anlässlich seines Geburtstages am 7. Januar in der Anskar-Kirche in Hamburg-Mitte wolle er selbst predigen. Nach Einschätzung Kopfermanns hat sich die charismatische Bewegung in Deutschland etabliert. Sie habe der evangelikalen Bewegung positive Anstöße gegeben. So habe sich die Lobpreis- und Anbetungskultur vielerorts durchgesetzt.

Kopfermann steht manchen Erscheinungen der charismatischen Bewegung aber auch kritisch gegenüber, etwa der „Geistlichen Kampfführung“. Diese will bestimmte Gebiete von Dämonen freibeten. Eine Kirche ohne Prophetie, Krankenheilung und das Beten in unverständlichen Sprachen ist für ihn jedoch undenkbar. Kopfermann ist seit 1963 mit seiner Frau Dietlinde verheiratet. Das Ehepaar hat zwei Söhne, einer davon ist der christliche Musiker Arne Kopfermann.

Mehr Medienpräsenz im Reformationsjahr Vor allem drei Ereignisse sorgten für Aufmerksamkeit

Rapperswil, 22.12.2017 [idea/selk]

Die evangelische Kirche kam mit ihren Botschaften in den vergangenen Jahren in den deutschen Meinungsführer-

medien kaum vor. Im Reformationsjahr 2017 hat sich das geändert: In der Berichterstattung über religiöse Gruppen

stieg der Anteil von 9,9 Prozent (2016) auf 20,5 Prozent. Über den Islam wird aber weiterhin deutlich häufiger berichtet (42,1 Prozent). Das hat das Forschungsinstitut Media Tenor International (Rapperswil/Schweiz) herausgefunden. Es analysierte dazu 725.698 Berichte im Zeitraum vom 1. Oktober 2016 bis zum 30. November 2017, die in TV-Beiträgen, im Hörfunk sowie in Printmedien erschienen sind.

Rund um das Lutherjahr gab es vor allem drei Ereignisse, die das Interesse der Medien weckten: die Auftaktveranstaltungen am 31. Oktober 2016, der Besuch vom damaligen US-Präsidenten Barack Obama am 24. Mai beim Deutschen Evangelischen Kirchentag in Berlin und der Gottesdienst sowie Festakt am 31. Oktober 2017 in der Lutherstadt Wittenberg. Dazwischen sei das Medieninteresse an der evangelischen Kirche abgeflaut, so das Institut.

Media Tenor International untersuchte ferner 312.650 Texte in Online- und sozialen Medien nach zentralen Begriffen. Während es dem Reformator Martin Luther (1483–1546) vor allem um die Frage nach dem „gnädigen Gott“ gegangen sei, hätten sich Menschen im Reformationsjahr vor allem über das Thema „Freiheit“ ausgetauscht. Mit 68,4 Prozent seien Männer deutlich stärker als Frauen (31,6 Prozent) bei den Onlinediskussionen vertreten gewesen. Ausgewertet wurden die Nachrichtensendungen in ARD und ZDF, die Fernsehmagazine Fakt, Frontal 21, Kontraste, Monitor, Panorama und Report (BR und SWR) sowie der Deutschlandfunk. Bei den Printmedien waren einbezogen: Bild, Bild am Sonntag, Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, Spiegel, Focus, Welt am Sonntag sowie das Wirtschaftsblatt Capital.

Evangelische Rundfunkarbeit: Neues Format für Radiogottesdienste „Kirche für Ausgeschlafene“ verspricht Hörern mehr musikalische Vielfalt

Berlin, 8.1.2018 [idea/selk]

Die Evangelische Rundfunkarbeit hat am 7. Januar ein neues Format für Radiogottesdienste gestartet. Unter dem Motto „Kirche für Ausgeschlafene“ werden in Berlin und im Bundesland Brandenburg regelmäßig Gottesdienste aus fünf ausgewählten „Radiokirchen“ übertragen, die sich durch besondere Themenschwerpunkte und Musik hervorheben. Die Rundfunkbeauftragte der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz (EKBO), Barbara Manterfeld-Wormit, möchte damit neue Akzente setzen und für mehr Qualität, vor allem bei der Musik, sorgen. Der Bischof der EKBO, Dr. Markus Dröge (Berlin), betont die Bedeutung der dortigen Rundfunkgottesdienste: „Rund 43.000 Hörerinnen und Hörer werden Sonntag für Sonntag Teil einer großen Radiogemeinde.“

Besonders für alte Menschen, aber auch für Familien mit Kindern sei die Übertragung eine Chance, am Gottesdienst teilzunehmen, so Manterfeld-Wormit. Die Auftaktveranstaltung der neuen Reihe fand unter dem Titel „Licht in den Farben des Jazz“ statt. Sie wurde am 7. Januar aus der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche in Berlin übertragen. Zu den Radiokirchen zählen ferner die St. Nikolaikirche Lübbenau im Spreewald, die Dorfkirche Wildenbruch (bei Potsdam), die Gethsemanekirche im Prenzlauer Berg sowie die Friedenskirche der Baptisten (beide Berlin). Das Kulturradio des Rundfunks Berlin-Brandenburg überträgt aber auch nach wie vor Gottesdienste aus anderen Orten des Sendegebiets. Der nächste Radiogottesdienst „Kirche für Ausgeschlafene“ wird am 18. Februar von 10 bis 11 Uhr aus der Gethsemanekirche zu hören sein.

Evangelische Zentralstelle kritisiert rheinisches Islam-Papier Christen und Muslime haben keinen gemeinsamen Gottesglauben

Berlin/Bad Neuenahr, 18.1.2018 [idea/selk]

Christen und Muslime haben keinen gemeinsamen Gottesglauben. Diese Meinung vertritt der Leiter der Evangelischen Zentralstelle für Weltanschauungsfragen, Dr. Reinhard Hempelmann (Berlin), in einer Stellungnahme zum Islam-Beschluss der Evangelischen Kirche im Rheinland. Deren Synode hat am 12. Januar in Bad Neuenahr eine „Theologische Positionsbestimmung für die Begeg-

nung mit Muslimen“ verabschiedet. Sie enthält unter anderem die Aussage, die rheinische Kirche nehme „den Glauben muslimischer Menschen als Bindung an den einen Gott wahr“.

Wie Hempelmann im Newsletter der Zentralstelle – eine Einrichtung der EKD – schreibt, erweckt das Papier den

Eindruck, dass zwischen Christen und Muslimen „Einigkeit im gemeinsamen Glauben an Gott“ bestehe. Christen glaubten aber im Unterschied zu Muslimen an den dreieinigen Gott. Sie könnten deshalb im Dialog mit Muslimen „nicht von einem gemeinsamen Gottesglauben ausgehen“.

Kritik übt Hempelmann auch an der Aussage des Papiers, die rheinische Kirche verfolge im Dialog nicht das Ziel,

Muslimen zur Konversion (Religionswechsel) zu bewegen. Nach seinen Worten erhebt das Christentum ebenso wie der Islam den Anspruch, die endgültige Offenbarung Gottes darzustellen. Wenn Christen darauf verzichteten, unter Muslimen zu missionieren, bedeute das eine „faktische Anerkennung des islamischen Endgültigkeitsanspruchs“. Diese „Selbstzurücknahme“ stelle aber „keinen überzeugenden Weg dar, um Differenzen auszuhalten und Toleranz einzuüben“.

Fachtagung: gegen zu hohe Erwartungen an Evangelisationen Erfolg der Freikirchen beruht oft auf Innovationsfähigkeit

Karlsruhe, 22.1.2018 [idea/selk]

Christen haben häufig überzogene Erwartungen an evangelistische Veranstaltungen. Diese Erfahrung macht der Geschäftsführer der Evangelisationsbewegung proChrist, Michael Klitzke (Kassel). Wie er auf der „Fachtagung Evangelisation“ (22. bis 24. Januar) der Arbeitsgemeinschaft Missionarische Dienste (AMD) in Karlsruhe sagte, „wollen wir oft besser sein als Jesus“. Zur Begründung verwies er auf das biblische Gleichnis Jesu Christi vom vierfachen Ackerfeld. Demnach brächten 75 Prozent des ausgestreuten Samens keine Frucht. „Die meisten Christen haben kein Interesse, sich an evangelistischen Vorhaben zu beteiligen, wo 75 Prozent des Engagements vergeblich sein könnten“, sagte Klitzke. Statt sich gegenseitig mit zu hohen Erwartungen zu demotivieren, sollte man sich gegenseitig zu evangelistischen Aktionen ermutigen. Es sei falsch, „sofort die Ernte einfahren zu wollen“.

Das Treffen von 20 Fachleuten aus Landes- und Freikirchen steht unter dem Motto „Wie machen’s andere – Ein Blick über den landeskirchlichen Tellerrand“. In Videoeinspielungen kommen zwei prominente Theologen zu Wort: der Gründer und Leiter des Gebetshauses Augsburg, Johannes Hartl – es veranstaltete im Januar die Konferenz „MEHR“ mit 11.000 Teilnehmern – und Peter Wenz, Hauptpastor des pfingstkirchlichen Gospelforums Stuttgart. Es ist mit 2.800 Mitgliedern die größte freikirchliche Gemeinde in Deutschland.

Der AMD-Referent für missionarische Bildung, Dr. Werner Engel (Berlin), sagte idea zum Ziel der Tagung, es gehe darum, „miteinander das Reich Gottes zu bauen“: „Da ist niemand besser oder schlechter.“ Es gelte, von den Erfahrungen der jeweils anderen zu lernen: „Wir wollen die erfolgreichen Modelle der jeweils anderen Seite kopieren – nicht kopieren.“

Wie die Leiter der Missionarischen Dienste der Evangelischen Landeskirche in Baden, Axel Ebert (Karlsruhe), im Vorfeld der Tagung in einem Interview mit dem Evangelischen Pressedienst (epd) sagte, beruht der Erfolg der Freikirchen oft auf ihrer Innovationsfähigkeit: „Die Predigten sind online abrufbar, es gibt Livestreams von Gottesdiensten und sie sind viel in sozialen Netzwerken unterwegs.“ Ihre Veranstaltungen seien als Erlebnis gestaltet – mit Entertainment, Bands, Sesseln und einem Bistro. Nicht zuletzt seien diese Gemeinde „oft sehr fromm“: „Sie versuchen, einfache Antworten zu geben auf Fragen des alltäglichen Lebens.“ Diese Elemente ließen sich aber nur bedingt auf landeskirchliche Gemeinden übertragen. Nach Eberts Worten gibt es zwischen landes- und freikirchlichen Gemeinden oft ein „Konkurrenzdenken“. Es kränke landeskirchliche Pfarrer, wenn ein Mitglied seiner Gemeinde in eine Freikirche wechselte. Ebert zeigte sich skeptisch, ob es den Freikirchen gelinge, Menschen in größerem Umfang zu erreichen, die bislang keine Christen sind: „Teils findet wohl eher ein Transfer statt.“

kurz und bündig

- Das „Haus der Religionen“ in Hannover bietet für das Jahr 2018 auf seiner Internetseite einen interreligiösen Festkalender zum Download an. Darin sind insgesamt mehr als 100 Feiertage von neun Religionsgemeinschaften jeweils farblich verzeichnet. Die Nutzer erhalten so unter anderem Informationen über die Termine des christlichen Osterfestes, des jüdischen Versöhnungstags Jom Kippur oder des islamischen Fastenmonats Ramadan. Der Kalender führt zudem Feiertage von Aleviten, Jesiden und Sikhs auf.
- Radelnde Pilger können sich mit einer Broschüre über Tipps und Kontaktadressen entlang des 530 Kilometer langen „Mönchsweges“ informieren. In dem Heft sind zudem 104 Übernachtungsbetriebe verzeichnet. Die Mönchsrouten gilt als erster spiritueller Radfernweg Deutschlands. Von Bremen bis zur Ostseeinsel Fehmarn orientiert er sich an dem Weg früherer Missionare: Von Bremen aus wurden im Mittelalter Norddeutschland, das Baltikum und Skandinavien christianisiert.
- Die Zeitung „Die Tagespost“ (Würzburg) wurde zum Wochenblatt: Sie erscheint nun immer donnerstags. Sie richtet sich an Leser, die „das Leben in Kirchen und Welt aus katholischer Perspektive verstehen“ wollen und wird etwa um die Ressorts Familie, Bildung, Neuevangelisierung sowie Glaube und Wissen erweitert. Eine Onlineredaktion ergänzt das Angebot tagesaktuell auf der Internetseite. „Die Tagespost“ hat eine Druckauflage von rund 9.500 Exemplaren und kostet monatlich 15,80 Euro.
- Weltweit gehen über 250 Millionen Kinder nicht zur Schule. Darauf hat das weltweit aktive überkonfessionelle Hilfswerk SOS-Kinderdörfer (München) hingewiesen. Vor allem Kinder aus armen Gesellschaftsschichten in den Entwicklungsländern erhielten häufig keine Schulbildung. Die Staaten müssten mehr Geld in Bildungssysteme investieren und gezielt arme Kinder fördern. Derzeit gäben sie im Durchschnitt 4,7 Prozent ihres Bruttoinlandsproduktes oder 14,1 Prozent der öffentlichen Mittel dafür aus. Für eine qualitativ hochwertige und gerechte Bildung fehlten weltweit jährlich weitere 32 Milliarden Euro.

Nachrichten aus der Ökumene

Islamisten und Nationalisten Treiber der Christenverfolgung Open Doors veröffentlicht Weltverfolgungsindex 2018

Kelkheim, 10.1.2018 [idea/selk]

Die Lage von Christen ist in vielen Ländern der Welt dramatisch. Hauptursache für ihre Verfolgung sind zunehmende islamistische und nationalistische Bewegungen. Sie stellen eine wachsende Bedrohung dar. Zu diesem Ergebnis kommt das christliche Hilfswerk Open Doors (Kelkheim bei Frankfurt am Main) in seinem Weltverfolgungsindex, der am 10. Januar veröffentlicht wurde. Weltweit werden laut Open Doors über 200 Millionen Christen in den 50 im Index aufgeführten Ländern verfolgt.

Hauptursache für die weltweite Christenverfolgung ist der Islam

Die Länder, in denen Christen am stärksten unterdrückt werden, befinden sich im Nahen Osten und in Nordafrika. An erster Stelle steht zum 15. Mal in Folge das kommunistisch regierte Nordkorea. Auf den folgenden Plätzen des

Index hat sich gegenüber dem Vorjahr nur wenig verändert: 2. Afghanistan (2017: Platz 3), 3. Somalia (2), 4. Sudan (5), 5. Pakistan (4), 6. Eritrea (10), 7. Libyen (11), 8. Irak (7), 9. Jemen (9) und 10. Iran (8). Mit Ausnahme von Nordkorea und Eritrea ist in acht der zehn genannten Staaten der islamische Extremismus die maßgebliche Ursache für die Verfolgung von Christen. Syrien, im Vorjahr noch auf Rang 6, wird nun auf Platz 15 geführt.

Warum Asien einen guten Nährboden für den „Islamischen Staat“ bietet

Die Terrormiliz „Islamischer Staat“ (IS) breitet sich dem Bericht zufolge nach ihren Gebietsverlusten im Nahen Osten nun in Asien aus. Dort sei das „Saatgut des islamischen Extremismus“ bereits seit Jahrzehnten ausgebracht. Indonesien und Malaysia seien zu lange nach-

lässig im Umgang mit Extremisten gewesen: „Es kann durchaus sein, dass sie nun von der Entwicklung überrollt werden.“ Auch in Bangladesch gebe es zunehmend Übergriffe auf religiöse Minderheiten – Christen und Hindus –, Ausländer und liberale Schriftsteller. Beunruhigend sei ferner der steigende Einfluss von Saudi-Arabien, etwa auf den Malediven und in Indonesien, durch den Bau von Moscheen oder Islamschulen. Dadurch werde die strenge wahhabitische Auslegung des Islams verbreitet: „So entstehen von Intoleranz geprägte Gesellschaften, die nur den Islam zulassen und somit Religionsfreiheit mit Füßen treten.“

Die Negativ-Aufsteiger des Jahres: Nepal und Indien

Negativ ist die Entwicklung vor allem im hinduistischen Indien und in Nepal. Im Westen gelte die Religion – ebenso wie der Buddhismus – als friedlich, aber „religiöser Nationalismus baut sich in Asien auf wie eine Tsunamiwelle, die an Geschwindigkeit und Höhe zunimmt, je näher sie der Küste kommt“. Stand Indien 2014 noch auf Platz 28 des Weltverfolgungsindex, ist das Land nun auf Platz elf vorgerückt. 2017 seien 600 Übergriffe auf Christen registriert worden. Die Hinduisierung gehe auf die Hindutva-Ideologie zurück, der zufolge der Erfolg des Landes vom Prinzip „Eine Religion, eine Kultur und ein Volk“ abhängt und sich alle dem Hinduismus als nationaler Leitkultur unterwerfen müssen. Nepal – 2017 nicht im Weltverfolgungsindex vertreten – befindet sich nun auf Rang 25. In den buddhistischen Ländern Sri Lanka, Bhutan und Myanmar sei die Verfolgung unterschwelliger. Christen würden gezwungen, buddhistische Schulen zu besuchen, und müssten dort an den religiösen Ritualen teilnehmen.

Leiter von Open Doors Deutschland: Größte Christenverfolgung aller Zeiten

Der Leiter von Open Doors Deutschland, Markus Rode, ist überzeugt, dass angesichts „der größten Christenverfolgung aller Zeiten“ eine Statistik nicht ausreiche: „Entscheidender ist, dass wir uns in die persönlichen Lebensumstände unserer verfolgten Glaubensgeschwister hineinversetzen.“ Deswegen habe man in einem Sonderheft persönliche Berichte von Christen gesammelt, „die stellvertretend für Millionen andere stehen und auch ihnen ein Gesicht geben“.

Open Doors lehnt sich nach eigenen Angaben beim Thema „Verfolgung“ an die Definition der Vereinten Nationen (UN) an, laut der eine Bedrohung des Lebens oder der Freiheit aufgrund von Ethnie, Religion, Nationalität [...] in jedem Fall als Verfolgung zu werten ist“. In den Index fließen auch die regelmäßige Diskriminierung und der Druck ein, die Christen in den Untergrund trieben. Bei der Nutzung des Begriffs gibt es unterschiedliche Auffassungen. Im zweiten „Ökumenischen Bericht zur Religionsfreiheit von Christen weltweit“ der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) und der (römisch-katholischen) Deutschen Bischofskonferenz vom Dezember 2017 heißt es, dass eine Verfolgung nur in wenigen Staaten mit „derartiger Intensität betrieben werde, dass der Begriff im umgangssprachlichen Sinne“ angemessen wäre. Im Bericht der beiden großen Kirchen sei deshalb zumeist von „Bedrängung“ oder „Diskriminierung“ die Rede. Open Doors war auf der Grundlage einer vor zehn Jahren ermittelten Schätzung bis 2017 von 100 Millionen verfolgten Christen in den 50 im Index aufgeführten Ländern ausgegangen. Im vergangenen Jahr setzte das Werk die Zahl aufgrund einer Zunahme der weltweiten Christenverfolgung und verfeinerter Untersuchungsmethoden auf 200 Millionen hoch.

Kirchen beklagen weltweite „Bedrängung“ von Christen EKD und Bischofskonferenz veröffentlichen Bericht zur Religionsfreiheit

Berlin, 15.12.2017 [idea/selk]

Christen werden in viele Regionen der Welt zunehmend wegen ihres Glaubens „bedrängt“. So heißt es im zweiten „Ökumenischen Bericht zur Religionsfreiheit von Christen weltweit“, den die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) und die (römisch-katholische) Deutsche Bischofskonferenz am 15. Dezember in Berlin vorstellten. Der Vorsitzende der Kommission Weltkirche der Bischofskonferenz, Erzbischof Professor Ludwig Schick (Bamberg), sagte im Blick auf diskriminierte Christen: „Unseren Schwestern und Brüdern im Glauben gilt die besondere Solidarität der Kirchen in Deutschland.“ Der EKD-Auslandsbischofin

Petra Bosse-Huber (Berlin) zufolge kann man sich in säkularisierten westlichen Gesellschaften kaum vorstellen, was es bedeutet, wenn Menschen daran gehindert werden, einen Gottesdienst zu besuchen oder mit anderen die Bibel zu lesen: „Aber genau das ist in anderen Teilen der Welt oft bitterer Alltag von Christen.“ Dem Bericht zufolge haben die Verletzungen der Religionsfreiheit von Christen seit der Veröffentlichung des ersten Reports im Jahr 2013 weltweit zugenommen. Auf Zahlen verzichte man aber, da sie nur „vermeintlich konkret“ seien. Sie setzten ein „weitaus komplexeres Instrumentarium vo-

raus, als bislang von unterschiedlichen Organisationen oder Instituten vorgelegt werden konnte“. Man wolle vor allem die Ursachen von Bedrängnis und Verfolgung von Christen beleuchten.

Religionsfreiheit ist im Nahen Osten und Nordafrika am stärksten bedroht

Dem Bericht zufolge ist das Recht auf Religionsfreiheit heute am stärksten im Nahen Osten und Nordafrika bedroht. Ein Grund sei die Terrormiliz „Islamischer Staat“. Aus der irakischen Provinz Ninive seien 125.000 Christen geflohen. Nun werde nach der Rückeroberung der Gebiete durch das Militär das Ausmaß der Vernichtung, etwa von Kirchen, deutlich: „Es wird Jahre dauern, bis die Geflohenen zurückkehren können.“ Es seien zudem „verstärkte Bemühungen“ kirchlicher Hilfsorganisationen für den Wiederaufbau und Ermutigungen für die Rückkehr der Geflüchteten notwendig. Ferner werde im Irak der schiitische Islam systematisch bevorzugt, und es gebe religiös begründete Diskriminierung. Hingegen sei in der Autonomen Region Kurdistan im Norden des Landes von einer „weitgehenden Religionsfreiheit“ auszugehen. In dem Gebiet mit 5,2 Millionen Kurden leben derzeit zusätzlich 1,8 Millionen Flüchtlinge aus Syrien und dem Irak. Das friedliche Miteinander der Religionen ist gefährdet in Indonesien – das Land hat die größte muslimische Bevölkerung der Welt. Es gebe eine schleichende Fundamentalisierung der Gesellschaft durch radikal-sunnitische Organisationen. In manchen Landesteilen könnten extremistische Gruppen ihre Positionen über die Medien verbreiten. Lokale Behörden trauten sich deswegen oft nicht, den Bau von Kirchen oder von öffentlichen Gottesdiensten zu genehmigen. In Pakistan sei die Situation von Christen noch deutlich schwieriger: „Denunzierungen und Anklagen wegen Gotteslästerung und Diffamierung des Islams haben in jüngster Zeit zugenommen.“ In den zentralasiatischen Staaten Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan sei Christen Mission untersagt. Missionare würden regelmäßig verhaftet und Bibeln eingezogen. In Indien gefährdeten Hindu-fundamentalistische Gruppen die Religionsfreiheit

Nordkorea: Die Bedingungen für Christen sind „schwierig“

Über Nordkorea heißt es in dem Bericht, dass die Bedingungen für Christen, ihren Glauben zu leben, „schwierig“ seien. Es sei „zu fragen“, inwieweit es sich bei öffentlichen religiösen Zeremonien „nicht um bloße staatliche Inszenierungen handelt“. Im Sudan liege der Anteil der Christen seit der Trennung vom Südsudan nur noch bei drei Prozent. Die Regierung schein entschlossen, die Gesellschaft vollständig am Islam auszurichten. Die Strafgesetzgebung folge einer extremen Auslegung der Scharia. Der Übertritt vom Islam zum Christentum werde mit dem Tod bestraft und auf Nichtmuslime Druck ausgeübt, zum Islam zu konvertieren. Auch viele andere muslimisch geprägte Länder verfolgten den „Abfall vom Glauben“ – also vom Islam – strafrechtlich, etwa der Iran, Afghanistan und Saudi-Arabien. In anderen Staaten müssten zum Christentum übergetretene ehemalige Muslime mit Schikanen rechnen. So würden sie in Ägypten und Jordanien in ihren Ausweispapieren oft nach wie vor als „Muslime“ geführt. Ihre Kinder müssten am islamischen Unterricht teilnehmen.

Europa: Besonders Juden und Muslime seien betroffen

Auch auf die Situation in Europa geht der Bericht ein. Benachteiligungen gingen zumeist von nichtstaatlichen Akteuren aus: „Besonders Juden und Muslime sind betroffen.“ „Anti-islamische Ressentiments“ hätten sich in einigen europäischen Staaten verstärkt. Hintergrund sei, dass 2015 mehr als eine Million Asylsuchende nach Europa gekommen seien und es weltweit islamistische Terroranschläge gegeben habe. In manchen Ländern werde das Tragen religiöser Symbole – Kopftücher, Kippas, Kreuze – eingeschränkt. Das sei gemäß dem Menschenrecht auf Religionsfreiheit „nur mit ernsthaften Begründungen zulässig“. Es reiche nicht aus zu sagen, dass dies aus „Respekt“ vor den Bedingungen eines friedlichen Zusammenlebens geschehe.

Vorwurf gegen Weltkirchenrat

Gesellschaft für bedrohte Völker weist auf Situation in China hin

Genf/Peking/Göttingen, 10.1.2018 [idea/selk]

Die Gesellschaft für bedrohte Völker (Göttingen) hat dem Ökumenischen Rat der Kirchen (ÖRK) vorgeworfen, die Verfolgung von Christen in der Volksrepublik China zu ignorieren. Anlass ist der Besuch einer ÖRK-Delegation unter Führung von Generalsekretär Dr. Olav Fykse Tveit (Genf) vom 7. bis 16. Januar im bevölkerungsreichsten Land der

Erde. Der Direktor der Menschenrechtsorganisation, Ulrich Delius, erklärte am 10. Januar: „Statt für unterdrückte und misshandelte Christen einzutreten, biedert sich der ÖRK bei ihren Verfolgern an.“ Delius zufolge ließen Behörden am 9. Januar in der Stadt Linfen (Provinz Shanxi) trotz Protesten vieler Christen die Hauskirche „Goldener

Leuchter“ zerstören. Das im Jahr 2009 ausschließlich mit Spenden der Gemeindemitglieder errichtete Gebäude sei von Sicherheitskräften abgeriegelt und von einem Sonderkommando gesprengt worden. An Silvester sei in der Stadt Qingshuihe (Region Xinjiang) eine evangelische Kirche von den Behörden geschlossen und in Xian (Provinz Shanxi) am gleichen Tag eine römisch-katholische Kirche niedergerissen worden.

Keine Treffen mit Vertretern staatlich nicht registrierter Gemeinden

Delius kritisierte ferner, dass bei der Besuchsreise der ÖRK-Delegation keine Treffen mit Vertretern staatlich nicht registrierter Gemeinden vorgesehen seien, in denen sich die meisten chinesischen Christen versammeln. Diese Gemeinden sind meist Ziel der staatlichen Schikanen und Drangsalierungen. Die ÖRK-Delegation trifft sich unter anderem mit dem Chinesischen Christenrat und der Patriotischen Drei-Selbst-Bewegung, die staatlich kontrolliert sind. Eine Anfrage der Evangelischen Nachrichtenagentur idea bei der Kommunikationsabteilung des Weltkirchen-

rates mit der Bitte, zu den Vorwürfen der Gesellschaft für bedrohte Völker Stellung zu nehmen, blieb am 10. Januar bis Redaktionsschluss unbeantwortet.

Lob für Wirtschaftsentwicklung und Klimaschutz

Im November 2016 hatte der ÖRK-Exekutivausschuss China besucht. Damals fand Generalsekretär Tveit lobende Worte für die ökonomische Entwicklung. Zum Wirtschaftswachstum sagte er: „Millionen konnten aufgrund dieses Wachstums der Armut entkommen, und damit war auch erneut die Hoffnung verbunden, dass die extremsten Formen der Armut auf der gesamten Welt überwunden werden können.“ Darüber hinaus habe man „mit großer Anerkennung die beispielhafte führende Rolle Chinas bei der Ratifizierung des Pariser Klimaabkommens und die verstärkten Investitionen des Landes in die Entwicklung erneuerbarer Energien zur Kenntnis genommen“. Nach Schätzungen leben in der fast 1,4 Milliarden Einwohner zählenden Volksrepublik China bis zu 130 Millionen Christen. Damit übertreffen sie die Zahl der 83 Millionen kommunistischen Parteimitglieder.

Evangelikale und Vatikan schließen Lehrgespräche ab Christen sind zur Mission berufen

Rom, 1.1.2018 [idea/selk]

Vertreter der Weltweiten Evangelischen Allianz (WEA) und des Vatikans haben ihre theologischen Lehrgespräche mit der Veröffentlichung eines gemeinsamen Dokuments beendet. Die 13 Teilnehmer aus zehn Ländern trafen sich von 2009 bis 2015 jährlich zu Konsultationen. Sie wurden von dem evangelikalen Dachverband und dem Päpstlichen Rat zur Förderung der Einheit der Christen ernannt. Das 2017 veröffentlichte Papier trägt den Titel „Schrift und Tradition“ und, Die Rolle der Kirche für das Heil: Katholiken und Evangelikale erkunden Herausforderungen und Möglichkeiten“. Leiter der Delegation der Weltallianz war der frühere Direktor für ökumenische Angelegenheiten der WEA, Prof. Rolf Hille (Heilbronn). Ihm zufolge ist es nicht darum gegangen, Kompromisse zu schließen. Bestehende Unterschiede seien angesprochen und Fragen, die man sich gegenseitig stelle, in dem Abschlussdokument formuliert worden, sagte er der Evangelischen Nachrichtenagentur idea. Das Papier wolle Katholiken und Evangelikale ermutigen, sich regional kritisch auszutauschen, aber auch nach Bereichen zu suchen, in denen man voneinander lernen und sich ermutigen könne. Es komme zu dem Schluss, dass es zwar weiterhin Unterschiede beim Kirchenverständnis, der Bedeutung der Kirche für das Heil und beim Stellenwert außerbiblischer Lehren gebe, dass Katholiken und Evangelikale aber die Überzeugung teilten, „dass es unsere gemeinsame Verantwortung ist,

allen Menschen das rettende Evangelium zu verkünden“. Christen seien zur Mission berufen. Man halte gemeinsam an allen Inhalten des Apostolischen Glaubensbekenntnisses und am ursprünglichen Wortlaut der Bibel fest, so Hille. Evangelikale und Katholiken sollten so häufig wie möglich mit einer Stimme sprechen. Wie es in dem Dokument heißt, sollten Evangelikale und Katholiken „gemeinsam sprechen und handeln, wo immer wir können“. Zu den derzeitigen Herausforderungen gehörten der „schleichende Säkularismus“, die weltweite Christenverfolgung und ethische Desorientierung – etwa Euthanasie, Abtreibung und die Neudefinition der Ehe. Zudem würden vor dem Hintergrund der „ideologischen Vielfalt“ exklusive Aussagen Christi wie zum Beispiel in Johannes 14,6 – „Ich bin der Weg und die Wahrheit und das Leben; niemand kommt zum Vater denn durch mich“ – von vielen Zeitgenossen als Beleidigung des „dominierenden Toleranzdenkens“ wahrgenommen.

Was Evangelikale von „Rom“ trennt

Evangelikale lehnten aber die Lehre von der Unfehlbarkeit des Papstes und andere neuere dogmatische Verlautbarungen ab – so beispielsweise das Dogma der unbefleckten Empfängnis Mariens (1854) und das der leiblichen Aufnahme Mariens in den Himmel (1950). Sie deckten sich

nicht mit Aussagen der Bibel. Man frage sich ferner, wie Katholiken „mit einer Frömmigkeit umgehen, die mehr durch Tradition(en) geprägt ist als durch die Schrift“, etwa im Blick auf die Verehrung der Heiligen. Auch die Lehre vom „Fegefeuer“ – nämlich die Vorstellung, dass mit dem Tod nur der Körper stirbt, während die Seele sich einer notwendigen Läuterung unterziehen muss – weise man zurück, schreiben die Evangelikalen.

Katholiken: Wir halten am Lehramt fest

Die römisch-katholischen Teilnehmer halten in dem Dokument an der Bedeutung des Lehramtes – also der herausragenden Stellung von Papst und Bischöfen – bei der Auslegung der Heiligen Schrift fest. Man bemerke, dass es selbst unter Evangelikalen widersprüchliche Interpretationen der Bibel gebe: „Wenn der Sinn der Heiligen Schrift so offensichtlich wäre, wie es die Evangelikalen

behaupten, würde die Einheit der Christen dann nicht einfacher sein?“ Man frage sich, so die römisch-katholischen Teilnehmer, wie Evangelikale die Einheit wahren und sich ohne ein kirchliches Lehramt gegen interne Konflikte schützen. Auch die Ablehnung der über Taufe und Abendmahl hinausgehenden fünf Sakramente stößt bei den Katholiken auf Unverständnis, da bereits die Kirchenväter diese praktiziert hätten. Das Dokument liegt bislang auf Englisch und Französisch vor, soll aber im Februar auch auf Deutsch verfügbar sein. Die ersten Konsultationen zwischen der Weltallianz und dem Päpstlichen Rat hatten zwischen 1977 und 1984 stattgefunden. Die zweite Gesprächsrunde dauerte von 1993 bis 2002 und mündete in einen Bericht mit dem Titel „Kirche, Evangelisation und die Bande der Gemeinschaft“. Die römisch-katholische Kirche hat etwa 1,3 Milliarden Mitglieder. Die WEA repräsentiert rund 600 Millionen Evangelikale in 129 Ländern.

Ökumenische Glaubenskonferenz verzeichnet Teilnehmerrekord

Johannes Hartl: Christen sollten im Gottesdienst mehr jubeln

Augsburg, 5.1.2018 [idea/selk]

Christen sollten im Gottesdienst mehr jubeln. Dazu hat der Gründer und Leiter des Gebetshauses Augsburg, der römisch-katholische Theologe Johannes Hartl, aufgerufen. Er sprach bei der ökumenisch orientierten Glaubenskonferenz „MEHR“ vor 11.000 Teilnehmern – so vielen wie noch nie. Sie fand vom 4. bis 7. Januar in Augsburg statt. Die Veranstaltung wurde zum 11. Mal vom charismatisch geprägten Augsburger Gebetshaus ausgerichtet. 2015 nahmen 4.500 Christen daran teil, 2016 waren es 7.000, und 2017 kamen 10.000 Besucher. Hartl zufolge sollten Christen mehr Lebensfreude ausstrahlen. Manche Christen sähen so aus, als würden sie einen „unglücklichen“ Gott verehren. Gott sei jedoch ein „Party-Tier“, mit dem man feiern könne. Christen sollten nicht in erster Linie bekannt dafür sein, wie viel Wert sie auf Moral legen, sondern für ihre Freude an Gott. Hartl: „Gott will nicht, dass du ein frommer Roboter bist.“ Typische „Freude-Killer“ seien der Neid auf andere, wenn man sich selbst zu wichtig nehme und zu wenig Zeit in der Gegenwart Gottes bringe, also in Stille, Gebet und Lobpreis. Hartl forderte

dazu auf, Gott an die erste Stelle des Lebens zu setzen. Dann kehre auch die Freude im Leben zurück.

Die Teilnehmer kommen aus 40 Staaten. Etwa 90 Prozent stammen aus deutschsprachigen Ländern. Rund 60 Prozent sind römisch-katholisch, jeweils 17 Prozent kommen aus Landes- und Freikirchen; drei Prozent sind orthodox. Der Altersdurchschnitt der Teilnehmer liegt bei 37 Jahren.

Auf der Konferenz findet neben einer römisch-katholischen Eucharistiefeier auch eine evangelische Abendmahlsfeier statt. Sie wird von der Geistlichen Gemeinde-Erneuerung (GGE) in der EKD ausgerichtet. Das Gebetshaus Augsburg ist eine 2005 entstandene Initiative junger Christen innerhalb der (katholischen) Charismatischen Erneuerung. Seit September 2011 beten dort Christen unterschiedlicher Konfessionen rund um die Uhr. Das Gebetshaus beschäftigt 40 hauptamtliche sowie 100 ehrenamtliche Mitarbeiter. In Deutschland gibt es mittlerweile 20 – meist charismatisch orientierte – Gebetshäuser.

Kommentar

Die ökumenisch orientierte Glaubenskonferenz „MEHR“ brachte in Augsburg 11.000 Christen verschiedener Konfessionen zusammen. Auch das Reformationsjubiläum im vergangenen Jahr begingen die beiden großen Kirchen einträchtig. Ist die Zeit der konfessionellen Abgrenzung damit vorbei? Im Rahmen der Rubrik „Pro und Contra“ des idea-Pressdienstes vom 18.1.2018 (S. 13) antwortete der Bischof der Selbständigen Evangelisch-Lutherischen Kirche (SELK), Hans-Jörg Voigt D.D.:

„Das Zeitalter von konfessionellen Abgrenzungen um ihrer selbst willen und weil wir sowieso immer recht haben, solange wir unter uns sind, dieses Zeitalter ist definitiv vorbei. Es liegt noch keine 60 Jahre zurück, dass zum Beispiel im Rheinland evangelische Schulkinder die katholischen verprügelt haben oder umgekehrt. Diese Zeiten sind in Europa vorbei – Gott sei Lob und Dank!

Damit sind aber die konfessionellen Fragestellungen, wie sie in verschiedenen Kirchen vertreten werden, noch nicht vollständig beantwortet. Wenn zum Beispiel meiner Kir-

che, der SELK, mit dem lutherischen Bekenntnis die Frage anvertraut ist, was im Heiligen Abendmahl ausgeteilt und empfangen wird – nämlich Leib und Blut Christi, „vere et substantialiter“, wie es im lutherischen Bekenntnis heißt –, dann ist das schon eine wichtige Frage. Denn sie betrifft die Person Christi und die Menschen. Theologische Genauigkeit im respektvollen Diskurs Oft wird mir darauf entgegnet, dass heute kein Mensch mehr solche Unterscheidungen verstehe. Vielmehr komme es darauf an, Menschen das Evangelium zu verkünden und ihnen in sozialen Nöten zu helfen.

Ich komme mir dann so vor, als wollte man einen Medizinkongress von Herzspezialisten verbieten. Schließlich verstehe kaum jemand, was sie da verhandeln. Viel wichtiger sei es, ärztlichen Notdienst zu leisten. Medizinische Forschung mit Akkuratess und ärztliches Tun im Alltag sind aber nicht gegeneinander auszuspielen. Genauso wenig wie Genauigkeit im respektvollen theologischen Diskurs gegen die Verkündigung des Evangeliums und soziales Engagement im Alltag.

Diskussion um Vaterunser Kardinal Marx sieht keinen Änderungsbedarf

München, 2.1.2018 [epd/selk]

Kardinal Dr. Reinhard Marx sieht die durch Papst Franziskus angestoßene Vaterunser-Debatte positiv, hält aber Veränderungen an der deutschen Übersetzung für unnötig. Die Kritik des Papstes sei keine Anweisung, das Gebet zu ändern, sondern ein Impuls zum Nachdenken, sagte der Vorsitzende der römisch-katholischen Deutschen Bischofskonferenz am 15. Dezember in München. Die Bischofskonferenz werde sich mit diesem Thema befassen. Die Kritik an der deutschen Übersetzung des Urtextes sei

nicht völlig aus der Luft gegriffen, sagte der Münchner Erzbischof Marx. Er bekomme dazu auch regelmäßig entsprechende Briefe aus Deutschland. Das bedeute, dass das Vaterunser – eines der zentralen Gebete der Christen – gesellschaftlich immer noch relevant sei. Papst Franziskus stößt sich an der Gebetszeile „Und führe uns nicht in Versuchung“. Es sei nicht Gott, der den Menschen in Versuchung führe, sondern Satan, so seine Argumentation.

Görlitz: Freude über Mönche und Sorge über Stellenabbau

Neujahrsempfang des römisch-katholischen Bischofs von Görlitz

Görlitz, 14.1.2018 [KAP/KNA/selk]

Die Wiederbesiedelung des brandenburgischen Klosters Neuzelle durch Zisterzienser aus dem Wienerwald-Stift Heiligenkreuz und das Engagement der Kirchen gegen den Stellenabbau in der Lausitz haben den Neujahrsempfang der ostdeutschen Diözese Görlitz geprägt. Bischof Lic. theol. Wolfgang Ipolt betonte am 13. Januar in der Neiße-stadt, er erhoffe sich von der Rückkehr des Ordens wichtige Impulse für die Diözese. Politiker der Region dankten den Kirchen nachdrücklich für ihren Protest gegen die drohenden Arbeitsplatzverluste beim Görlitzer Siemens-Turbinenwerk und dem Waggonbauer Bombardier.

Ipolt erklärte, er sehe die Mönche in Neuzelle als „Verstärkung“ der Kirche „in diesem so entchristlichten Landstrich Europas“. Seit vergangenem August leben vier Zisterzienser in dem Wallfahrtsort. Dort engagieren sie sich in Seelsorge und Religionsunterricht. Zuvor war der Orden nach der Verstaatlichung der Klosterbesitzungen durch Preußen dort 200 Jahre nicht präsent. Das Stift Heiligenkreuz will in diesem Jahr bis zu vier weitere Ordensmänner nach Neuzelle entsenden, um im 750. Gründungsjahr des Klosters am 2. September eine Niederlassung in Form eines Priorats zu gründen.

Bislang ist noch ungeklärt, wo die Mönche auf Dauer wohnen können. Derzeit sind sie im römisch-katholischen Pfarrhaus auf dem Klostergelände untergebracht. Brandenburgs Kulturministerin Martina Münch (SPD) betonte, sie sei „sehr zuversichtlich“ mit Blick auf eine einvernehmliche Lösung. Es sei jedoch „noch ein weiter Weg“, die Erfordernisse der bisherigen Nutzer der Klostergebäude und der Mönche in Einklang zu bringen. Geplant sei, dass die Mönche im früheren Kanzleibau des Klosters wohnen, in dem bislang unter anderem eine Musikschule ist.

Im Blick auf die geplante Schließung des Görlitzer Siemens-Werkes, den drohenden Stellenabbau beim Waggonbauwerk Bombardier in Görlitz sowie die Insolvenz des Waggonbauwerks im benachbarten Niesky, forderte der Görlitzer Generalvikar Dr. Alfred Hoffmann in seiner Neujahrsansprache „Lösungen auf dem Fundament der Sozialen Marktwirtschaft“.

Am Neujahrsempfang nahm auch der Propst der Region Ost der Selbständigen Evangelisch-Lutherischen Kirche, Pfarrer Gert Kelter, teil.

Patriarchat Moskau: Kontakt mit unierten Armeniern

Treffen von Erzbischof Minassian und Metropolit Hilarion

Moskau, 17.1.2018 [KAP/selk]

Erstmals ist es zu einer offiziellen Kontaktnahme zwischen dem Außenamt des Moskauer Patriarchats und der mit Rom unierten armenisch-römisch-katholischen Kirche gekommen. Das berichtete die österreichische Stiftung „Pro Oriente“. Der Leiter des Außenamts, Metropolit Hilarion, empfing demnach den armenisch-römisch-katholischen Bischof Raphael Minassian, Titularerzbischof der kappadokischen Hauptstadt Kayseri und armenisch-römisch-katholischer Ordinarius für Osteuropa. An dem Treffen in Moskau nahm auch der Pfarrer der örtlichen armenisch-römisch-katholischen Pfarrgemeinde, Archimandrit Petros Yesayan, teil.

Im Mittelpunkt des Gesprächs standen sowohl die Situation der armenisch-römisch-katholischen Kirche in der

Russischen Föderation und anderen Nachfolgestaaten der Sowjetunion als auch die Situation der Christen im Nahen Osten. Metropolit Hilarion berichtete über die Hilfsmaßnahmen des Moskauer Patriarchats für die bedrängten orientalischen Christen und über die Aktivitäten des russischen „Präsidentenrates für die Zusammenarbeit mit den Religionsgemeinschaften“ für die Not leidende syrische Zivilbevölkerung.

Erzbischof Minassian brachte die Dankbarkeit der nahöstlichen Christen für den historisch gewachsenen Einsatz der russisch-orthodoxen Kirche zum Ausdruck. Er fügte hinzu, dass die orientalischen Christen seit jeher ihre Hoffnungen auf die russisch-orthodoxe Kirche und auf Russland gesetzt hätten.

Diakonin für armenisch-apostolische Kirche geweiht

Erzbischof Sarkissian: Weihe stimmt mit Tradition überein

Rom, 17.1.2018 [KAP/selk]

In der armenisch-apostolischen Kirche ist erstmals seit Jahrhunderten eine Frau, die nicht Nonne ist, zur Diakonin geweiht worden. Die 24-jährige Anästhesistin Ani-Kristi Manvelian wurde in der armenisch-apostolischen Kathedrale in Teheran zur Diakonin geweiht. Die Weihe führte der armenisch-apostolische Erzbischof von Teheran, Sebouh Sarkissian, bereits am 25. September des Vorjahrs durch. Nun wurden Fotos veröffentlicht, die die Diakonin im armenischen Weihnachtsgottesdienst am vergangenen 5. Januar beim Dienst am Altar zeigen, wie die römisch-katholische Nachrichtenagentur „Fides“ berichtet.

Die Weihe von Ani-Kristi Manvelian fand statt, obwohl die armenisch-apostolische Kirche das Frauendiakonat formell noch nicht wiedereingeführt hat. „Was ich getan

habe, stimmt mit der Tradition der Kirche überein“, so Erzbischof Sarkissian, der auch betonte, dass er mit dieser Entscheidung „die Beteiligung von Frauen am liturgischen Leben neu beleben“ wolle.

Unter den Kirchen des Ostens hat auch die Synode des griechisch-orthodoxen Patriarchats von Alexandria bereits Ende 2016 beschlossen, das Diakonat für Frauen wieder einzuführen. Eine Kommission von Bischöfen hatte sich zuvor eingehend mit der Frage befasst. Im Februar 2017 weihte der Patriarch von Alexandrien, Theodoros II., der für die orthodoxe Kirche auf dem ganzen afrikanischen Kontinent zuständig ist, im Kongo drei Katechistinnen und drei Nonnen zu Diakoninnen.

„Tag des Judentums“: Kirche warnt Polen vor Nationalismus

Gadecki kritisiert Losung „Polen (nur) für Polen“

Warschau, 17.1.2018 [KAP/KNA/selk]

Der Vorsitzende der römisch-katholischen Polnischen Bischofskonferenz, Erzbischof Dr. Stanislaw Gadecki, hat seine Landsleute erneut vor der „Gefahr des Nationalismus“ gewarnt. Unter Berufung auf die Enzyklika „Mit brennender Sorge“ von Papst Pius XI. aus dem Jahr 1937 unterstrich er, wer die Rasse, das Volk oder den Staat zur höchsten Norm mache und „sie mit Götzenkult vergöttert, der verkehrt und fälscht die gottgeschaffene und gottbefohlene Ordnung der Dinge“.

Zugleich unterstrich Gadecki, der im kommenden November anstehende 100. Jahrestag der Wiedererlangung der Unabhängigkeit Polens solle die „Vaterlandsliebe im Geist des wahren Patriotismus“ stärken. „Im Gegensatz zum Nationalismus ist Patriotismus eine Haltung, die es würdig ist, gepflegt zu werden“, erklärte er aus Anlass des jährlichen „Tages des Judentums“, den die römisch-katholische Kirche in Polen zum 21. Mal beging. Der Erzbischof kritisierte unter anderem die nationalistische

Losung „Polen (nur) für Polen“.

Polens Bischöfe hatten im April 2017 deutlich nationalistische Überheblichkeit verurteilt. „Ein wahrer Patriot will das Wohlergehen seines Volkes niemals auf Kosten anderer erreichen“, schrieben sie in ihrer Erklärung „Die christliche Gestalt des Patriotismus“. Darin warben sie für einen „Patriotismus ohne Gewalt und Verachtung“. Die Kirche in Polen sei immer eine Stütze des Patriotismus gewesen, gerade in Krisenzeiten. Das habe dazu beigetragen, dass Polen nach 123 Jahren der Teilung die Freiheit zurückgewonnen habe. „Zwischen Kirche und Patriotismus gibt es keinen Widerspruch“, hieß es in dem Text.

Die Nachbarstaaten Preußen, Österreich und Russland hatten Polen im 18. und 19. Jahrhundert unter sich aufgeteilt und besetzt. Erst nach dem Ersten Weltkrieg gründete sich im November 1918 wieder ein unabhängiger polnischer Staat.

Italienischer Bischof beklagt antisemitische Postings Stellungnahme zum ökumenischen „Tag des Judentums“

Rom, 17.1.2018 [KAP/selk]

„Der Antisemitismus und das antijüdische Vorurteil, das sich heute bisweilen mit dem Antizionismus verbindet, sind leider nicht tot. Es genügt, daran zu denken, dass der Jüdische Weltkongress im Jahr 2016 im World Wide Web 382.000 antisemitische Postings gezählt hat, alle 83 Sekunden eines“. Dies betonte der Bischof von Frosinone, Dr. Ambrogio Spreafico, Vorsitzender der „Kommission für den Ökumenismus und den interreligiösen Dialog“ der Italienischen Bischofskonferenz (CEI), im Hinblick auf den ökumenischen „Tag des Judentums“ am 17. Januar, der dieses Jahr in Italien schon zum 29. Mal begangen wird.

Bischof Spreafico sagte im Gespräch mit der italienischen römisch-katholischen Nachrichtenagentur SIR, er teile mit den jüdischen Gemeinden die Sorge, dass Ideologien zurückkehren, die schon „ad acta gelegt“ schienen. Auch die römisch-katholische Kirche dürfe da in der Wachsamkeit nicht nachlassen. Den Pfarrgemeinden müsse man dabei helfen, „die Lehre, wie sie sich nach dem Zweiten Vatikanischen Konzil entwickelt hat, nicht nur als eine fundamentale Errungenschaft für unser Verhältnis zum Judentum zu verstehen, sondern auch für das Verständnis unseres Glaubens an Jesus von Nazareth, der in jeder Hinsicht Jude war“.

„Theologisches Lesebuch“: Ausnahmen beim Missionsbefehl Papier sollte Positionsbestimmung vorbereiten

Düsseldorf, 13.12.2017 [idea/selk]

Der Missionsbefehl Jesu (Matthäus 28,16–20) gilt nicht für alle Christen. Dieser Ansicht sind der Studentenfarrer der Evangelischen Kirche im Rheinland, Dr. Andreas Mühling (Trier), und der Ausbildungsdezernent der Landeskirche, Bernd Wander (Düsseldorf). Die beiden äußern sich in einem 106-seitigen „Theologischen Lesebuch“ mit dem Titel „In der Begegnung mit Muslimen“. Die Landeskirche hatte es zur Vorbereitung der Landessynode im Januar 2018 in Bad Neuenahr an die Synodalen verschickt. Das Lesebuch wurde von der „Arbeitsgemeinschaft Islam“ unter der Leitung von Superintendentin Dr. Ilka Werner (Solingen) zusammengestellt. Einige der 20 Beiträge setzen sich kritisch mit der Mission unter Muslimen auseinander. Wie Mühling und Wander schreiben, handelt es sich bei dem „sogenannten Missionsbefehl“ um eine Beauftragung der Apostel durch Jesus Christus. Er sei nicht als Auftrag an alle Christen zu verstehen.

„Auch der Islam steht in biblischer Tradition“

Der Theologe Dr. David Kannemann (Wuppertal) erinnert in einem weiteren Beitrag daran, dass die rheinische Kirche sich bereits für einen Verzicht auf die Mission unter Juden entschieden habe. Zwar gebe es zwischen Judentum und Islam große Unterschiede, schreibt Kannemann. „Dennoch kommen wir nicht umhin, wahrzunehmen, dass auch der Islam in biblischer Tradition steht und dass muslimische und jüdische Menschen in vielen theologi-

schen Fragen näher beieinander sind als jüdische und christliche Menschen“, so Kannemann.

Aus dem Neuen Testament ist keine Ablehnung des Islam ablesbar

Die Schulreferentin der rheinischen Kirche, Pastorin Dr. Beate Sträter (Bonn), vertritt die These, „exklusive Ansprüche“ des Christentums im Neuen Testament (Johannes 14,6 und Apostelgeschichte 4,12) könnten nicht ohne weiteres als „zeitlose und ewige Wahrheiten behauptet“ werden. Sie dürften nicht „aus ihren historischen Kontexten“ gerissen werden. „Besonders schwierig“ sei es, aus ihnen eine Ablehnung von Religionen abzuleiten, „die es damals noch nicht gab, wie zum Beispiel den Islam, oder die unbekannt waren, wie asiatische Religionen“. In einem weiteren Beitrag schreibt Sträter, die Frage, ob es in Christentum und Islam „um denselben Gott geht“, sei „nicht eindeutig beantwortbar“. Um sie zu beantworten, „müssten wir an Gottes Stelle oder am Ende der Geschichte stehen – was wir nicht tun“. Die Frage müsse „in gewisser Weise offengehalten werden“. Grundsätzlich lasse sich „die Vielfalt verschiedener Religionen nicht vereinheitlichen“, schreibt Sträter. So wie es seit dem Turmbau von Babel (1. Mose 11) eine Vielzahl von Sprachen gebe, gehöre auch eine Vielzahl von Religionen „zur Signatur der Schöpfung“.

Christen sollen „einladend und fröhlich Zeugnis geben“

In einem weiteren Beitrag setzt sich der für Flüchtlingsfragen zuständige Kirchenrat der rheinischen Kirche, Rafael Nikodemus (Düsseldorf), mit der Mission unter muslimischen Flüchtlingen auseinander. Christen sollten ihnen „nicht in Konversionsabsicht“ begegnen, aber doch so, dass die „eigene Identität als Christen erkennbar“ werde: „Wir sind also gefordert, unser Eigenes nicht zu verstecken, sondern einladend und fröhlich vom eigenen Glauben Zeugnis zu geben.“

Wenn Muslime den Wunsch äußerten, getauft zu werden, gelte: „Jeder Mensch, der Interesse an unseren Gottesdiensten und Gemeindeleben zeigt, ist uns willkommen. Wir freuen uns über alle, die getauft werden möchten und sich zur kirchlichen Gemeinschaft halten“.

Der Verzicht auf Mission stößt auf breite Kritik

Die Landeskirche hatte 2015 eine Arbeitshilfe „Weggemeinschaft und Zeugnis im Dialog mit Muslimen“ her-

ausgegeben. Darin spricht sich die zweitgrößte deutsche Landeskirche gegen eine Missionierung unter Muslimen aus. Die Arbeitshilfe war auf breite Kritik gestoßen. So hatte etwa der Leiter des Amtes für Gemeindeentwicklung und missionarische Dienste der rheinischen Kirche, Pfarrer Christoph Nötzel (Wuppertal), einige Aussagen als „bedenklich“ bezeichnet. Der Missionsbefehl werde uminterpretiert, das Evangelium relativiert und die Verkündigung Jesu auf ihre Ethik reduziert. Der Direktor des Instituts zur Erforschung von Evangelisation und Gemeindeentwicklung, der Theologieprofessor Dr. Michael Herbst (Greifswald), sagte, dass man Muslime nicht im Sinn des Evangeliums liebe, wenn man nicht mehr wolle, dass sie den Trost des Evangeliums erfahren. Kritik kam ferner vom Leiter der Mission für Süd-Ost-Europa, Friedemann Wunderlich (Freudenberg bei Siegen), dem (aus der SELK stammenden) Missions- und Religionswissenschaftler Prof. Henning Wrogemann (Wuppertal), dem Islam-Experten der Evangelischen Zentralstelle für Weltanschauungsfragen (EZW), Dr. Friedmann Eißler (Berlin), und dem Lutherischen Konvent im Rheinland.

Umstrittener Imam bei Gedenkveranstaltung für Terror-Opfer Einladung auf Vorschlag des Zentralrats der Muslime eingeladen

Berlin, 30.12.2017 [idea/selk]

Für anhaltende Diskussionen sorgt der Auftritt eines umstrittenen Imams bei der Gedenkveranstaltung für die Opfer des Terroranschlags vom Berliner Breitscheidplatz. Zum Hintergrund: Auf der Gedenkfeier von Bundesregierung, Berliner Senat und Gedächtniskirche sprach auch Imam Mohamed Matar von der „Neuköllner Begegnungsstätte“ der Dar as-Salam-Moschee. Eingeladen hatte ihn die Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz auf Vorschlag des Zentralrats der Muslime, berichtet die Bild-Zeitung. Die Gemeinde werde vom Verfassungsschutz beobachtet. Matar fiel darüber hinaus durch islamistische Äußerungen in den sozialen Netzwerken auf. So äußerte er unter anderem Verständnis für

eine junge Palästinenserin, die versucht hatte, israelische Sicherheitskräfte mit einem Messer zu töten und daraufhin erschossen wurde. Später behauptete Matar, er habe nicht gewusst, dass es sich bei der jungen Frau um eine Terroristin gehandelt habe. Der deutsch-palästinensische Publizist und Psychologe Ahmad Mansour (Berlin) beurteilt Matars Auftritt bei der Gedenkveranstaltung kritisch: „Dass die Kirche jemanden wie Herrn Matar eingeladen hat, der islamistische Züge hat, ist hochproblematisch.“ Unter den vier Millionen in Deutschland lebenden Muslimen gebe es sicher einige, die besser geeignet gewesen wären.

kurz und bündig

- Polens römisch-katholische Kirche macht sich weiter für die Aufnahme von Opfern des Syrien-Krieges stark. Polens Bischofskonferenz und die Caritas werben seit mehr als einem Jahr für die Aufnahme besonders hilfsbedürftiger syrischer Familien. Diese sollen von kirchlichen Organisationen betreut werden. Die nationalkonservative Regierung in Warschau lehnt eine solche Hilfsaktion bislang strikt ab.
- In Polen hat die Zahl der römisch-katholischen Messebesucher einen neuen Tiefpunkt erreicht. Im Jahr 2016 besuchte sonntags nur noch rund jeder dritte polnische Katholik (37,6 Prozent) die Kirche, wie das kirchliche Institut für Statistik bekanntgab. Der Anteil der Katholiken an der Bevölkerung beträgt nach Angaben der Kirchenzeitung „Gosc“ 98,8 Prozent. Nach Angaben des Instituts geht die Anzahl der Kirchgänger seit 30 Jahren zurück. Als Gründe werden oft der neue Lebensstil der Polen und das zu enge Verhältnis zwischen Kirche und der Regierungspartei PIS benannt.
- Der nächste Weltjugendtag der römisch-katholischen Kirche findet vom 22. bis 27. Januar 2019 in Panama statt. Das Motto des Weltjugendtages 2019 stammt aus dem Lukasevangelium (1,38): „Siehe, ich bin die Magd des Herrn; mir geschehe, wie du es gesagt hast.“ Aus Deutschland würden im kommenden Jahr voraussichtlich nur 750 bis 1.000 Jugendliche und junge Erwachsene zwischen 18 und 30 Jahren zum Weltjugendtag nach Panama fahren, kündigte Paul Metzloff von der Arbeitsstelle für Jugendseelsorge der Deutschen Bischofskonferenz an.
- Russell Nelson (93) ist neuer Präsident der Kirche Jesu Christi der Heiligen der Letzten Tage. Das teilte die Glaubensgemeinschaft in Salt Lake City (Utah) mit. Nelson ist Nachfolger von Thomas Monson, der am 2. Januar im 91. Lebensjahr gestorben war. Als Präsident wird er eine Gemeinschaft von weltweit etwa 16 Millionen Gläubigen anführen. Nelson wird als international anerkannter Chirurg und Medizinforscher bezeichnet. Die Neureligion mit sektenhaften Zügen hat in Deutschland nach eigenen Angaben 40.000 Mitglieder.
- Papst Franziskus hat den Präfekten der Römischen Glaubenskongregation, Erzbischof Dr. Luis Francisco Ladaria, zum Mitglied des päpstlichen Rates für die Einheit der Christen berufen. Bislang war Ladaria lediglich Berater des sogenannten Ökumenerates. Es ist davon auszugehen, dass Franziskus mit dieser Ernennung die Zusammenarbeit zwischen den beiden vatikanischen Behörden stärken will. Im vergangenen Juli hatte der Papst den 73-jährigen spanischen Jesuiten Ladaria zum Leiter der Glaubenskongregation ernannt.
- Der Berlin-brandenburgische Landesverband des Humanistischen Verbandes (HVD) ist in der Hauptstadt als Körperschaft des öffentlichen Rechts anerkannt worden. Damit erhielt erstmals in der Geschichte des Landes Berlin eine Weltanschauungsgemeinschaft diesen privilegierten Status. Der HVD versteht sich als Vertretung der religionsfreien Bevölkerung und hat nach eigenen Angaben in Berlin und Brandenburg mehr als 13.000 Mitglieder. In seinen mehr als 60 Einrichtungen und Projekten sind 1.200 Hauptamtliche und weitere 1.000 Ehrenamtliche aktiv. Den Humanistischen Lebenskundeunterricht besuchen nach Angaben des Verbandes mehr als 60.000 Schüler.

Diakonie-Report

Hilfsgütertransport für Weißrussland

Verladung von Hilfsgütern für Osteuropa

Sottrum-Bötersen, 28.12.2017 [selk]

Im Dezember wurde an der Sammelstelle Bötersen/Sottrum des in der Selbständigen Evangelisch-Lutherischen Kirche (SELK) beheimateten Vereins Humanitäre Hilfe Osteuropa e.V. ein Lkw beladen und auf die Reise nach Weißrussland geschickt. Bei kaltem Wind verluden 14 Helfer 1.390 Kartons, etliche Decken und Kissen, Kinderwagen, Matratzen, Betten, Nähmaschinen, eine Heißmangel und etliches mehr.

Nach knapp zwei Stunden war die Arbeit geschafft – und

der Feierabend verdient! „Wir waren uns einig: Das machen wir wieder!“, war von den Mitarbeitenden zu hören. Und Projektleiterin Dagmar Holsten sagt: „Trotz aller Anstrengung ist es ein gutes Gefühl zu wissen, dass wir unseren Teil zu dringend benötigter Hilfe beitragen konnten. Bei allem Sammeln, Packen und Verladen war Gottes Segen, Beistand und Kraft spürbar und das macht uns dankbar und froh.“ Und es soll weitergehen: „Gerne darf der Lagercontainer wieder gefüllt werden!“

140 Jahre Naëmi-Wilke-Stift

Neujahrsvorstellung des Vorstandes

Guben, 11.1.2018 [selk]

Das neue Kalenderjahr birgt ein Jubiläum für die Stiftung. 1878 als kleine Privatstiftung durch den Hutfabrikanten Friedrich Wilke und seine Frau Sophie ins Leben gerufen, wird die heute in der Selbständigen Evangelisch-Lutherischen Kirche (SELK) beheimatete Stiftung in diesem Jahr 140 Jahre alt.

Für dieses Jubiläumsjahr ist ein eigenes Logo entwickelt worden, das sich an das Leitbild der Stiftung anlehnt und die Jahreslosung des Jahres 2018 aufnimmt: „Gott spricht: Ich will dem Durstigen geben von der Quelle des lebendigen Wassers umsonst.“ (Die Bibel: Das Buch der Offenbarung, Kapitel 21, Vers 6) Das Jubiläumsjahr wird am 19. Januar auf dem Neujahrsempfang der Stiftung eröffnet. Gefeiert wird es beim 140. Jahresfest der Stiftung vom 29. Juni bis 1. Juli 2018.

Wie in jedem Jahr hat der Stiftungsvorstand am 8. Januar seinen schon traditionellen Neujahrsvorstellung gemacht. Da

die Stiftung ab 1. Januar 2018 im Vorstand nunmehr mit drei Personen besetzt ist, hat daran neben Rektor Pastor Stefan Süß und Verwaltungsdirektor Gottfried Hain auch das neue Vorstandsmitglied Beatrice Deinert teilgenommen. Dabei besuchte der dreiköpfige Stiftungsvorstand alle Abteilungen der Stiftung und die Tochtergesellschaften und begrüßte alle Mitarbeitenden im neuen Jahr. Diese Begegnungen führen in der Regel zu Gesprächen und dienen zugleich der gegenseitigen Wahrnehmung am Anfang eines neuen Jahres.

Derartige Begegnungen mit den einzelnen Abteilungen finden ihre Fortsetzung im Verlauf eines Jahres. Im Rahmen seiner Vorstandstätigkeit besucht der Stiftungsvorstand nach Absprache unterjährig Fachabteilungen und verschafft sich so auch immer ein konkretes Bild der Situation vor Ort. „Nah bei den Menschen“ zu sein ist nicht nur ein Leitbildsatz der Stiftung nach außen, sondern auch gelebte Praxis nach innen.

kurz und bündig aus der SELK

PERSONALIA

Der bisherige **Pastor im Ehrenamt Dr. Peter Bauer (51), Jena**, hat mit Datum vom 21. Januar 2018 seinen Verzicht auf das Amt eines Pastors im Ehrenamt in der SELK und auf alle Rechte aus diesem bisherigen Amt erklärt.

[Um eine Ergänzung korrigierte Fassung:]

Pfarrer Hans-Hermann Holst (58), bisher Nürnberg, wurde am 17. Dezember 2017 durch Superintendent Peter Brückmann, Berlin, in das vakante Pfarramt der Martin-Luther-Gemeinde Schwerin eingeführt. Es assistierten Pfarrer Hinrich Brandt, Greifswald, und Pfarrer i.R. Lüder Wilkens, Berlin.

ANSCHRIFTENÄNDERUNGEN

*Die Veränderungen beziehen sich auf das
Ansprichtenverzeichnis der SELK,
Ausgabe 2018*

[Pfarrwitwen, S. 66:]

Kallensee, Elisabeth:

Oechelhaeuserstr. 22, 06846 Dessau-Roßlau

KURZNACHRICHTEN

● Pfarrer i.R. **Siegfried Matzke** (Klitten) wird am 13. Februar **75 Jahre** alt. Matzke war Pfarrer in Klitten. Er ist verheiratet. Das Ehepaar hat zwei Kinder.

kurz und bündig aus der SELK+kurz und bündig aus der SELK

● Immer am ersten Sonntag eines Monats werden vom russischsprechenden Teil der St. Michaelsgemeinde der SELK in **Wolfsburg Gottesdienste auf Russisch** gefeiert. Am 7. Januar feierte die Gottesdienstgemeinde das Heilige Christfest. Die traditionelle Prägung von einigen der rund 80 Besucherinnen und Besucher trägt dazu bei, dass sie am siebenten Tag im Januar Christi Geburt feiern. Als Liturg fungierte Ortspfarrer Sergius Schöfeld, die Predigt hielt SELK-Pastor im Ehrenamt Andrej Wittich (Hamburg), der auch die Abendmahlsfeier leitete.

kurz und bündig aus der SELK+kurz und bündig aus der SELK

● Pfarrer i.R. **Helmut Neddens** wird am 15. Februar 75 Jahre alt. Neddens war als Missionar der Lutherischen Kirchenmission (Bleckmarer Mission) in Südafrika und anschließend als Pfarrer im Pfarrbezirk Braunschweig/Goslar der SELK tätig. Neddens ist verheiratet, aus der Ehe sind drei Kinder hervorgegangen.

kurz und bündig aus der SELK+kurz und bündig aus der SELK

● Im Rahmen eines Einkehrkonventes des Pfarrkonventes Niedersachsen-Ost der SELK in Bleckmar gestaltete am 17. Januar Prof. Dr. **Christoph Barnbrock**, Lehrstuhlinhaber für Praktische Theologie an der Lutherischen Theologischen Hochschule der SELK in Oberursel, einen Seminartag zum Thema „**Gesetz und Evangelium predigen**“.

kurz und bündig aus der SELK+kurz und bündig aus der SELK

● Propst i.R. **Hartmut Hauschild** wird am 26. Februar **80 Jahre** alt. Der gebürtige Berliner war als Pfarrer in den Pfarrbezirken Schwenningdorf und Essen der SELK tätig. Von 1989 bis 1996 war er Superintendent des Kirchenbezirks Westfalen, von 1996 bis 2001 dann Propst des Sprengels West der SELK und damit Mitglied der Kirchenleitung. Hauschild ist verheiratet, das Ehepaar hat eine Tochter.

kurz und bündig aus der SELK+kurz und bündig aus der SELK

● Am 17. Januar trafen sich im Büro der **Musikbibliothek** der SELK in Hamburg Pfarrer Jörg Ackermann (Melsungen), Ulrike Hauschild (Hamburg), die Betreuerin der Musikbibliothek, Kantorin Antje Ney (Hanstedt/Nordheide) und Kirchenrat Michael Schätzel (Hannover). Dabei ging es um konzeptionell-perspektivische Überlegungen und Planungen zur besseren Öffentlichkeitsarbeit und Nutzung des Angebotes der Bibliothek.

kurz und bündig aus der SELK+kurz und bündig aus der SELK

● Seinen **75. Geburtstag** feiert am 26. Februar **Hans-Dieter Dill**, der frühere Verwaltungsleiter des Gubener Naëmi-Wilke-Stift, der größten diakonischen Einrichtung im Bereich der SELK. Dill hatte von 1981 an und bis zu seinem Ruhestand die Leitungstätigkeit in Guben inne. Er ist verheiratet, aus der Ehe sind zwei Kinder hervorgegangen.

kurz und bündig aus der SELK+kurz und bündig aus der SELK

● Der frühere Kirchenrat und langjährige Vorsitzende der Synodalkommission für Haushalts- und Finanzfragen (SynKoHaFi) der SELK **Hans Dorra** wird am 4. März **85 Jahre** alt. Nach zwanzigjähriger Mitarbeit in der SynKoHaFi bekleidete der gelernte Bankkaufmann von 1995 bis 2003 das Amt eines Kirchenrats und gehörte damit der Kirchenleitung der SELK an. Der Jubilar ist verwitwet. Dem Ehepaar wurden drei Kinder geschenkt.

kurz und bündig aus der SELK+kurz und bündig aus der SELK

● Die diesjährige **Kirchenvorstandsklausur** der St. Matthäus-Gemeinde **Stellenfelde** führte am 20. Januar nach Hannover. Im Kirchenbüro der SELK wurde gemeinsam mit Kirchenrat Michael Schätzel die Frage nach dem *Umgang mit Menschen am Rande der Gemeinden* bedacht. Eine Führung durch die Räume des Kirchenbüros schloss sich an.

kurz und bündig aus der SELK+kurz und bündig aus der SELK

● Die SELK-Gemeinde **Berge-Unshausen** begann am 18. Januar ihre Spendenaktionen 2018 mit einem **Weinseminar** unter dem Thema „Prämierte Weine & Rebsorten“. Eine Kurzandacht von Pfarrer Holger Degen, viele Verkostungen „Was passt zu Wein?“, ein Kurzfilm über Weinanbau an der Mosel und „Wein-Wissen“, vorgetragen von den Teilnehmern, erfreuten alle Gäste. Freuen durfte sich gastgebenden Gemeinde über eine große Sammelspende.

kurz und bündig aus der SELK+kurz und bündig aus der SELK

● Zu ihrer ersten Sitzung im neuen Jahr kam die **Gesangbuchkommission** der SELK am 9./10. Januar in Verden zusammen. Schwerpunkte des Treffens bildeten Absprachen und Entscheidungen zum Abdruck von Bibelstellenverweisen sowie die vom 13. Allgemeinen Pfarrkonvent der SELK (2017) gewünschte Durchsicht, Bearbeitung und Ergänzung des Gebetsteils

kurz und bündig aus der SELK+kurz und bündig aus der SELK

● Ein **Sängerfest** der **Region Ost** der SELK findet am 11. Februar in Berlin-Wilmersdorf statt. Es wird mit einem Festgottesdienst in der Kirche Zum Heiligen Kreuz gefeiert. Beginn: 14 Uhr. Der Gesamtchor der Region Ost musiziert, begleitet von Instrumentalmusik. Auch ein Kinderchor wirkt mit. Die Leitung liegt bei Kantor Georg Mogwitz (Leipzig). Die Predigt hält der Vorsitzende des Kirchenmusikalischen Arbeitskreises im Kirchenbezirk Berlin-Brandenburg, Pfarrer Rainer Kempe (Berlin).

kurz und bündig aus der SELK+kurz und bündig aus der SELK

● In der Veranstalterschaft des Jugendpfarramtes des Kirchenbezirks Niedersachsen-Süd der SELK fand vom 29. Dezember bis zum 2. Januar in der Jugendbildungsstätte **Saerbeck** eine **Junge-Leute-Freizeit** statt. 45 junge Menschen seien zur „Herzenerneuerung“ nach Saerbeck gereist, berichtet ein Teilnehmer. Ergänzend wurde ein buntes Rahmenprogramm angeboten.

kurz und bündig aus der SELK+kurz und bündig aus der SELK

● Vom 12. bis zum 14. Januar trafen sich Mitglieder der **Jugend-Mitarbeiter-Gremien** der **Kirchenbezirken Niedersachsen-Ost und -West** der SELK zu einem Wochenende in Travemünde. In getrennten Sitzungseinheiten wurden Planungen vorgenommen und die strukturellen Herausforderungen besprochen, die das Ausscheiden der Jugendpastoren Carsten Voß (West) und Axel Wittenberg (Ost) mit sich bringen. Gemeinsame Andachten und Aktionen gehörten zum Programm wie auch die Teilnahme am Gottesdienst der Martin-Luther-Gemeinde Bad Schwartau.

kurz und bündig aus der SELK+kurz und bündig aus der SELK

● Am 12./13. Januar traf sich in Oberursel der **Konvent der SELK-Theologiestudierenden** mit SELK-Bischof Hans-Jörg Voigt D.D. Voigt diskutierte mit den Studierenden unter anderem über Dauer und Ausrichtung der ersten und zweiten Ausbildungsphase zum Pfarrer oder zur Pastoralreferentin in der SELK. Zudem referierte er über zwischenkirchliche Kontakte der SELK.

kurz und bündig aus der SELK+kurz und bündig aus der SELK

● Das Projekt „**Mehrgenerationen-Wohnen**“ der Kreuzkirchengemeinde der SELK in **Cottbus** wurde am 15. Januar mit der Grundsteinlegung für das Mehrgenerationenhaus offiziell gestartet. Auf dem Gelände der Gemeinde entstehen unter der Überschrift „Wohnen – gemeinsam, statt jeder für sich allein!“ in zwei Gebäudeteilen 20 Wohnungen.

kurz und bündig aus der SELK+kurz und bündig aus der SELK

● Viele Menschen unterstützen Familien unter anderem auch bei der **Pflege der Angehörigen ehrenamtlich**. Vom 7. bis zum 9. März erfolgt im Bildungszentrum des in der SELK beheimateten Naëmi-Wilke-Stiftes in Guben eine Schulung für solche ehrenamtlich tätigen Helferinnen und Helfer. Mit Fachkenntnissen soll ihnen die Arbeit erleichtert werden.

kurz und bündig aus der SELK+kurz und bündig aus der SELK

Gesellschaftliche Teilhabe für Geflüchtete Klare Perspektiven und Hilfen schaffen Sicherheit

Berlin, 6.1.2018 [ewde/selk]

Zum Beginn der Sondierungsgespräche zwischen CDU/CSU und SPD bekräftigte Maria Loheide, Vorstand Sozialpolitik der Diakonie Deutschland, die Forderungen nach gesellschaftlicher Teilhabe von Geflüchteten.

„Wer alles aufgibt und sein Leben riskiert um nach Europa zu gelangen, hat schwerwiegende Gründe. Das gilt für unbegleitete Minderjährige, für junge Männer und Familien in gleicher Weise. Wer dann völlig chancenlos bleibt, ohne soziale und rechtliche Unterstützung oder fern der eigenen Familie, kann schnell aus einer Ausweglosigkeit in einen kriminellen Strudel geraten“, so Loheide.

„Was die Menschen brauchen, ist eine klare Perspektive: Wenn eine Rückkehr kurzfristig nicht möglich ist, muss ein stabiler Aufenthaltstitel mit Zugang zum Arbeitsmarkt gewährt werden. Die Wohnpflicht in Gemeinschaftsun-

terkünften muss wieder auf maximal sechs Monate beschränkt und die Aussetzung des Familiennachzugs für subsidiär Schutzberechtigte sofort beendet werden. Die unabhängige und unentgeltliche Rechtsberatung für Asylbewerber sollte unbedingt umgesetzt werden“, formulierte Loheide die Erwartungen der Diakonie an die kommenden Sondierungsgespräche.

Zudem forderte die Diakonie bessere Unterstützungs- und Beratungsangebote insbesondere für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge. Dies ist nicht nur menschenrechtlich geboten, sondern auch unter dem Aspekt der Kriminalprävention sinnvoll: Das jüngste Gutachten des Kriminalwissenschaftlers Christian Pfeiffer belegt eindringlich, dass fehlende Teilhabe und Versäumnisse bei der Prävention auch zu Gefährdungen für die Aufnahmegesellschaft führen können, unterstrich Loheide.

„Unerhört!“ Kampagne gegen soziale Ausgrenzung

Berlin, 10.1.2018 [ewde/selk]

Den Unerhörten in dieser Gesellschaft eine Stimme und ein Gesicht geben will die neue Diakonie-Kampagne „Unerhört!“. Ab Januar schafft die Diakonie Deutschland damit eine Plattform für eine öffentliche Debatte gegen Ausgrenzung und für mehr soziale Teilhabe.

„Mit unserer neuen Kampagne geben wir Menschen eine Stimme, die sich an den Rand der Gesellschaft gedrängt fühlen: den Obdachlosen, Flüchtlingen, Homosexuellen, Hartz-IV-Empfängern, Alten und vielen anderen Gruppen. Wir treten damit ein für eine offene, lebendige und vielfältige Gesellschaft“, sagte Diakonie-Präsident Ulrich Lilie im Januar in Berlin. „Dabei spielen wir ganz bewusst mit der Doppeldeutigkeit des Begriffs, Unerhört!“. Er soll provozieren und den Blick auf Menschen am Rande der Gesellschaft lenken, die sich unerhört fühlen“, betonte Lilie. „Unsere eindeutige Antwort heißt: Zuhören! Der Anfang aller diakonischen Arbeit ist das Zuhören, die vorbehalt-

lose Zuwendung.“ Mit der Kampagne wolle die Diakonie aufrütteln und eine Diskussion anstoßen über soziale Teilhabe und das Miteinander in der Gesellschaft.

Der Diakonie-Präsident sieht in der ganzen Gesellschaft einen Bedarf, stärker einander zuzuhören. „Und das bedeutet ausdrücklich nicht immer nur Zustimmung, sondern auch, den Weg eines strittigen Diskurses zu gehen“, so Lilie weiter.

Die auf drei Jahre angelegte Kampagne „Unerhört!“ ist eine integrierte Kommunikationskampagne, die nicht nur über Außenwerbung verbreitet wird, sondern auch über Dialogveranstaltungen, Aktionen, Social Media und im Internet. Im Rahmen der Kampagne, die mit den Plakaten „Unerhört! Diese Obdachlosen!“ und „Unerhört! Diese Flüchtlinge!“ startet, erzählen Unerhörte ihre Geschichte auf www.unerhoert.de.

Diakonie befürchtet Wende in der Flüchtlingspolitik Nachbesserungen bei Koalitionsverhandlungen gefordert

Berlin, 13.1.2018 [ewde/selk]

Diakonie-Präsident Ulrich Lilie forderte im Januar von Union und SPD Nachbesserungen bei Koalitionsverhandlungen. Nach den Sondierungen von CDU/CSU und SPD für eine Große Koalition befürchtete die Diakonie Deutschland eine Wende in der Flüchtlingspolitik zu Lasten der Schutzbedürftigen. „SPD und Unionsparteien verfolgen offenbar mit Vorrang, dass möglichst viele Geflüchtete rasch wieder ausreisen“, sagte Diakonie-Präsident Ulrich Lilie. Dies sei ein Rückschritt zu den bisherigen Zielen und Erfolgen zur Integration.

Lilie war enttäuscht darüber, dass die Hürden für den Familiennachzug zu Geflüchteten mit subsidiärem Schutz nicht abgeräumt werden. „Die Diakonie appelliert an die Parteien, in den anstehenden Koalitionsverhandlungen noch einmal deutlich nachzubessern“, sagte Lilie.

„Eine Begrenzung auf 1.000 Personen im Monat ist für das wirtschaftlich prosperierende Deutschland kleinherzig.“ Vor allem unbegleitete Minderjährige bräuchten den Anschluss an ihre Angehörigen.

Die Diakonie sah besonders die geplanten zentralen Aufnahmezentren kritisch. In diesen Zentren sollen Flüchtlinge so lange bleiben, bis über Verbleib oder Rückführung entschieden ist. Vor allem die Beratungsarbeit der Wohlfahrtsverbände für die Geflüchteten werde dadurch erschwert. „CDU/CSU und SPD sagen nichts über eine flächendeckende und unabhängige Asylverfahrensberatung“, bemängelte Diakonie-Präsident Lilie. „Die Jamaika-Sondierungen waren an dieser Stelle weiter gekommen.“

IMPRESSUM

SELK INFORMATIONEN (SELK.Info), ISSN 1617-7614

Informationsdienst der Selbständigen Evangelisch-Lutherischen Kirche (SELK)

Herausgeber: Kirchenleitung der SELK (Anschrift auf der Titelseite)

Redaktion: Sigrid Groß (Diakonie-Report)

Pfarrer Alberto Kaas (Aus der evangelischen Welt)

Propst Gert Kelter (Nachrichten aus der Ökumene)

Superintendent Bernd Reitmayer (Aus dem Weltluthertum)

Geschäftsführender Kirchenrat Michael Schätzel (Berichte/Meldungen aus der SELK)

Hauptjugendpastor Henning Scharff (Jugendwerks-Informationen)

Endredaktion: Pastoralreferentin Dr. Andrea Grünhagen

Kommentare werden vom jeweiligen Verfasser verantwortet.

Redaktionsschluss ist der 22. des Vormonats.

Konto der SELK: IBAN: DE47 2507 0024 0444 4444 00, BIC: DEUTDEDBHAN (Deutsche Bank 24 Hannover)

Um Überweisung der Bezugsgebühr (19,50 € im Einzelbezug, 15,50 € im Sammelbezug) wird einmal jährlich durch Anschreiben gebeten.